

Schmidt, Torsten et al.

Article

Sommer 2025: Öffentliche Ausgaben treiben die Konjunktur, private Impulse bleiben schwach

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Schmidt, Torsten et al. (2025) : Sommer 2025: Öffentliche Ausgaben treiben die Konjunktur, private Impulse bleiben schwach, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, Vol. 76, pp. 1-35

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/330936>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Sommer 2025: Öffentliche Ausgaben treiben die Konjunktur, private Impulse bleiben schwach

- finale Fassung -

Impressum

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany

Postanschrift

Postfach 10 30 54 | 45030 Essen, Germany

Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

Prof. Dr. Kerstin Schneider (Mitglied des erweiterten Vorstands)

© RWI 2025

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturbericht

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt

Gestaltung: Magdalena Franke, Silvia Mühlbauer

Sommer 2025: Öffentliche Ausgaben treiben die Konjunktur, private Impulse bleiben schwach

ISSN 1861-6305 (online)



Das RWI wird vom Bund und vom Land
Nordrhein-Westfalen gefördert.



Sommer 2025: Öffentliche Ausgaben treiben die Konjunktur, private Impulse bleiben schwach¹

Torsten Schmidt, Niklas Benner, Boris Blagov, Eliana Coschignano, Maximilian Dirks, Daniela Grozea-Helmenstein, Niklas Isaak, Florian Kirsch, Stefan Kotz, Clara Krause, Philip Schacht-Picozzi und Klaus Weyerstraß

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
Summary	5
1. Weltwirtschaft: Mäßiges Wachstum, hohe Unsicherheit	7
2. Neue Belastungen für die konjunkturelle Erholung in Deutschland	11
3. Kräftig steigende öffentliche Ausgaben erhöhen die Binnennachfrage	14
3.1 Handelsunsicherheit dämpft die Ausfuhren.....	17
3.2 Verhaltende Ausrüstungsinvestitionen trotz Investitionsbooster	19
3.3 Weitere Hiobsbotschaft von den Bauinvestitionen	19
3.4 Kräftiger Anstieg des Privaten Konsums beendet.....	20
3.5 Anhaltend hoher Staatskonsum durch Sondervermögen	20
4. Zölle bremsen Erholung im Verarbeitenden Gewerbe	20
5. Arbeitsmarkt: Belastet, aber mit Aussicht auf Erholung.....	21
6. Moderate Lohndynamik in den kommenden Jahren	23
7. Teuerung der Dienstleistungen nimmt ab – Inflation stabilisiert sich.....	23
8. Hohes Finanzierungsdefizit in den kommenden Jahren.....	23
9. Risiken.....	25
10. Literatur.....	26
Anhang	27

¹ Abgeschlossen am 3.9.2025. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin, Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung sowie Christoph M. Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Kurzfassung: Die deutsche Wirtschaft stand im ersten Halbjahr des Jahres 2025 erheblich unter Druck. Die Ankündigung von neuen US-Zöllen auf EU-Importe hat dazu geführt, dass Warenausfuhren vorgezogen wurden. Das ließ das BIP im ersten Quartal zunächst kräftig steigen, sorgte dann aber im zweiten Quartal für eine Gegenbewegung. Zwar haben sich EU-Kommission und US-Regierung inzwischen geeinigt, doch die Vereinbarung bleibt vage. Das Risiko eines Wiederaufflammens des Konflikts ist daher durchaus hoch. Zusätzlich haben die langwierigen Haushaltsverhandlungen der neuen Bundesregierung sowie der Streit über zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Fragen für Unsicherheit gesorgt. Das dürfte dazu beigetragen haben, dass die privaten Investitionen im zweiten Quartal zurückgingen. Auch die Verbraucher gaben angesichts des schwachen Arbeitsmarkts wieder weniger Geld für Konsumgüter aus.

All dies hat dazu geführt, dass die konjunkturelle Grunddynamik weiterhin eher schwach ist. Zwar zeigen die revidierten Daten, dass der Rückgang des BIP bereits zur Jahresmitte des vergangenen Jahres gestoppt war und in der zweiten Jahreshälfte 2024 eine Erholung einsetzte. Doch die Belastungen durch die US-Zollpolitik haben diesen Aufwärtstrend gebremst. Ohne die Vorzieheffekte im Außenhandel dürfte die Wirtschaftsleistung in der ersten Jahreshälfte wohl nur leicht gestiegen sein.

In der zweiten Jahreshälfte sollte die Konjunktur etwas an Fahrt gewinnen. Erste Signale dafür sind sichtbar: Die Auslandsaufträge sind zuletzt gestiegen, und auch der Containerumschlag-Index für Juli weist auf mehr Exporte aus europäischen Häfen hin. Allerdings bleibt die US-Außenpolitik ein Belastungsfaktor. Wir gehen davon aus, dass die Unsicherheit anhält und sie den Welthandel weiter bremst.

Positiv ist, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft allmählich ihre Wirkung zeigen und die Binnennachfrage anregen. Neben dem Sondervermögen und der Grundgesetzänderung für höhere Verteidigungsausgaben ist im Juli auch das Investitionssofortprogramm in Kraft getreten. In unserer Prognose gehen wir davon aus, dass ab dem kommenden Jahr zunehmend Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und die Mehrausgaben für Verteidigung abfließen. Das dürfte für stimulierende Impulse sorgen. Da jedoch die Kapazitäten in diesen Bereichen bereits stark ausgelastet sind, rechnen wir zugleich mit steigenden Preisen.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Jahreshälfte nur verhalten ausgeweitet wird. Erst ab dem kommenden Jahr dürften die wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Binnenwirtschaft stärker antreiben. Für dieses Jahr rechnen wir mit einem BIP-Wachstum von 0,2%. Im Jahr 2026 dürfte sich die Wirtschaftsleistung mit 1,1% deutlich kräftiger ausweiten, für das Jahr 2027 ist dann von 1,4% Wachstum auszugehen. Damit liegt das Wachstum im kommenden Jahr klar über demjenigen des Produktionspotenzials, das bei etwa 0,3% veranschlagt wird. Entsprechend dürfte sich die Produktionslücke spürbar verringern.

Auf dem Arbeitsmarkt gab es im zweiten Quartal 2025 kaum Veränderungen. Rückgänge im Produzierenden Gewerbe und im Bau wurden durch Zuwächse im Dienstleistungssektor ausgeglichen. Für die nächsten Monate erwarten wir eine moderate Verbesserung: Die Beschäftigung dürfte leicht steigen, die Arbeitslosigkeit sich stabilisieren. Im Jahresdurchschnitt 2025 rechnen wir mit 46 Millionen Beschäftigten. Danach geht die Zahl leicht zurück – um rund 12 000 im Jahr 2026 und um weitere 22 000 im Jahr 2027. Die Arbeitslosenquote dürfte 2025 bei durchschnittlich 6,3% liegen, 2026 auf 6,2% und im Jahr 2027 auf 6,1% sinken.

Die Inflationsrate lag im August bei 2,2%. Niedrige Energiepreise und der stärkere Euro haben dämpfend gewirkt. Ohne Lebensmittel und Energie betrug die Teuerung jedoch 2,7% und lag

folglich über der Gesamtrate. Während die Dienstleistungspreise im Vorjahr mit 3,8% stiegen, zeigen sie in den vergangenen Monaten einen klaren Abwärtstrend. Für das Gesamtjahr 2025 erwarten wir eine Preissteigerung von 2,0%. Im kommenden Jahr dürfte sich die Teuerung bei den Dienstleistungen weiter normalisieren, während die Energiepreise dämpfend wirken. Insgesamt erwarten wir für 2026 einen weiteren Rückgang der Inflation auf 1,8 %. Für 2027 rechnen wir dann wieder mit einem leichten Anstieg auf 2,0%.

In diesem Jahr ist die Finanzpolitik leicht restriktiv ausgerichtet. Hauptgründe sind der deutliche Anstieg des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung und das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämie. Dem gegenüber stehen entlastende Maßnahmen wie das Steuerfortentwicklungsgesetz sowie höhere Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur. Im laufenden Jahr machen diese Mehrausgaben noch vergleichsweise wenig aus, steigen aber in den Jahren 2026 und 2027 deutlich. Wir rechnen in den nächsten beiden Jahren mit einem starken Impuls von jeweils 0,9%. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit dürfte in diesem Jahr leicht auf 116 Mrd. Euro sinken. Im Jahr 2026 machen sich die höheren Ausgaben jedoch spürbar bemerkbar, sodass das Defizit auf 158 Mrd. Euro steigt. Im Jahr 2027 dürfte es mit 170 Mrd. Euro weiter anwachsen.

Tabelle
Eckwerte der Prognose
2024 bis 2027

	2024	2025 ^p	2026 ^p	2027 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	-0,5	0,2	1,1	1,4
Erwerbstätige ² , in 1000	45 987	45 998	45 986	45 964
Arbeitslose ³ , in 1000	2 787	2 944	2 935	2 871
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	6,0	6,3	6,2	6,1
Verbraucherpreise, Veränderung in %	2,3	2,0	1,8	2,0
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	5,6	3,8	2,0	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-115,3	-115,6	-157,7	-169,7
in % des BIP	-2,7	-2,6	-3,4	-3,6
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	243,8	212,6	220,5	225,0
in % des BIP	5,6	4,8	4,8	4,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

Summary: *The German economy was under considerable pressure in the first half of 2025. The announcement of new US tariffs on EU imports led to goods exports being preponed. This initially caused GDP to rise sharply in the first quarter, but then led to a countermovement in the second quarter. Although the EU Commission and the US government have now reached an agreement, the terms remain vague. The risk that the conflict will reignit is therefore quite high.*

In addition, the protracted budget negotiations of the new federal government and the dispute over key economic and social policy issues have caused uncertainty. This is likely to have contributed to the decline in private investment in the second quarter. Consumers also spent less on consumer goods again in view of the weak labour market.

All of this has led the underlying economic momentum to remain rather weak. Although the recently revised data show that the decline in GDP had already come to a halt by the middle of last year and that a recovery began in the second half of 2024, the impact of US tariff policy has slowed this upward trend. Without the pull-forward effects in foreign trade, economic output would likely have risen only slightly in the first half of the year.

The economy should gain some momentum in the second half of the year. The first signs of this are already visible: foreign orders have risen recently, and the container throughput index for July also points to an increase in exports from European ports. However, US foreign policy remains a negative factor. We assume that uncertainty will persist and continue to slow down global trade.

On a positive note, the measures adopted by the federal government to strengthen the economy are gradually stimulating domestic demand. In addition to the special fund for infrastructure and the amendment to the Basic Law for higher defence spending, the immediate investment programme also came into force in July. In our forecast, we assume that from next year onwards, funds from the special fund will increasingly be channelled into infrastructure and defence. This should provide a stimulating boost. However, as capacity in these areas is already heavily utilised, we also expect prices to rise.

Against this backdrop, we expect overall economic output to expand only modestly in the second half of the year. It is only from next year onwards that economic policy measures are likely to drive the domestic economy more strongly. We expect GDP growth of 0.2% for this year. In 2026 and 2027, economic output is likely to expand much more strongly at 1.1% and 1.4%, respectively. This means that growth in the coming year will be well above the growth rate of the production potential, which is estimated at around 0.3%. Accordingly, the output gap is likely to narrow noticeably.

There were hardly any changes in the labour market in the second quarter of 2025. Declines in manufacturing and construction were offset by growth in the service sector. We expect a moderate improvement in the coming months: employment is likely to rise slightly and unemployment to stabilise. We anticipate an annual average of 46 million people in employment in 2025. After that, the number will decline slightly – by around 12,000 in 2026 and by a further 22,000 in 2027. The unemployment rate is expected to average 6.3% in 2025, falling to 6.2% in 2026 and to 6.1% in 2027.

The inflation rate stood at 2.2% in August. Low energy prices and the stronger euro had a dampening effect. However, excluding food and energy, inflation was 2.7%, which was above the overall rate. While service prices increased by 3.8% in the previous year, they have shown a clear downward trend in recent months. We expect prices to rise by 2.0% for 2025 as a whole. Inflation in services is likely to normalise further in the coming year, while energy prices will have a

dampening effect. Overall, we expect inflation to fall further to 1.8% in 2026. For 2027, we anticipate a slight increase to 2.0%.

This year, fiscal policy is slightly restrictive, due mainly to the significant increase in the additional contribution to statutory health insurance and the expiry of the inflation adjustment premium. This is offset by relief measures such as the Tax Development Act and higher spending on defence and infrastructure. In the current year, these additional expenditures are still relatively small, but they will increase significantly in 2026 and 2027. We expect a strong stimulus of 0.9% in each of the next two years. The general government financing deficit is likely to fall slightly to €116 billion this year. In 2026, however, the higher expenditure will have a noticeable impact, causing the deficit to rise to €158 billion. In 2027, it is likely to grow further to €170 billion.

Key forecast Data 2023 to 2026

	2024	2025 ^f	2026 ^f	2027 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	-0.5	0.2	1.1	1.4
Employed persons ² , in 1000	45 987	45 998	45 986	45 964
Unemployed ³ , in 1000	2 787	2 944	2 935	2 871
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	6.0	6.3	6.2	6.1
Consumer prices, change in percent	2.3	2.0	1.8	2.0
Labor unit costs ⁵ , change in percent	5.6	3.8	2.0	1.7
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-115.3	-115.6	-157.7	-169.7
in percent of GDP	-2.7	-2.6	-3.4	-3.6
Current account balance ⁷				
in EUR bn	243.8	212.6	220.5	225.0
in percent of GDP	5.6	4.8	4.8	4.7

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. Weltwirtschaft: Mäßiges Wachstum, hohe Unsicherheit

Im ersten Halbjahr 2025 wurde die Weltwirtschaft stark von der US-Zollpolitik geprägt. Ankündigungen von Zollerhöhungen führten im internationalen Handel zu Vorzieheffekten im ersten Quartal und entsprechenden Gegenbewegungen im zweiten Quartal. Das globale Bruttoinlandsprodukt hat vor diesem Hintergrund nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) im ersten Quartal 2025 um 0,7% gegenüber dem Vorquartal zugelegt.² Im zweiten Quartal, für das insbesondere für viele Schwellenländer noch keine VGR-Daten vorliegen, entwickelte sich die Konjunktur uneinheitlich.

In den USA legte die Wirtschaftsleistung um 0,7% gegenüber dem Vorquartal zu, nachdem sie im ersten Quartal um 0,1% gesunken war. Maßgeblich für die Entwicklung war der Außenbeitrag. Nachdem zu Jahresbeginn in Erwartung höherer Zölle die Importe massiv ausgeweitet worden waren, gingen sie im Frühjahr entsprechend stark zurück. Negative Wachstumsbeiträge gingen von den Veränderungen der Lagerbestände aus, nachdem diese im ersten Quartal kräftig aufgestockt worden waren. Dass die Endnachfrage zunächst zu einem beträchtlichen Teil aus den Lagerbeständen bedient werden konnte, dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Anhebungen der Importzölle bisher offenbar nur zu einem geringen Anstieg der Verbraucherpreis-inflation geführt haben.

In Japan stieg das Bruttoinlandsprodukt im Frühjahr um 0,3%, nach 0,1% im Winter. Im Vereinigten Königreich schwächte sich die Zunahme der Wirtschaftsleistung auf 0,3% ab, nachdem die Expansion im ersten Quartal, nicht zuletzt wohl wegen Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik, 0,7% betragen hatte. Die chinesische Volkswirtschaft behielt mit 1,1% im zweiten Quartal annähernd das Tempo aus dem Winter bei. Dabei gingen im Zuge der zwischenzeitlich prohibitiv hohen US-Importzölle auf chinesische Waren die Ausfuhren in die USA spürbar zurück, was aber durch kräftig steigende Exporte in andere asiatische Länder und auch in die Europäische Union (EU) wettgemacht wurde. Der private Konsum wurde weiterhin durch staatliche Kaufanreize gestützt. In Indien dürfte die Konjunktur schwungvoll geblieben sein, für Brasilien und Argentinien deuten die Indikatoren auf eine verhalten positive Entwicklung hin.

Im Euro-Raum schwächte sich die Konjunktur spürbar ab. Nach einer ebenfalls durch Vorzieheffekte im Zusammenhang mit den US-Importzöllen getragenen deutlichen Zunahme um 0,6% im ersten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal hier nur noch um 0,1%. Die Industrieproduktion ging im zweiten Quartal zurück, wobei vor allem die Herstellung von Vorleistungsgütern sank. Hingegen stieg die Erzeugung von Investitions- und Konsumgütern. Das Absatzvolumen im Einzelhandel blieb aufwärtsgerichtet.

Der globale Warenhandel verlor im zweiten Quartal spürbar an Schwung (Schaubild 1). Gleichwohl stieg er gemäß den Daten des niederländischen CPB gegenüber dem Vorquartal noch um 0,5%. Für das gesamte erste Halbjahr ergibt sich eine Expansion um 2,4%. Auch der RWI/ISL-Containerumschlagindex deutet darauf hin, dass der weltweite Warenhandel bisher der US-Zollpolitik getrotzt hat (RWI, 2025). Deutlich sichtbar sind die Effekte im Zusammenhang mit den US-Einfuhrzöllen aber bei den Importen der USA. Diese stiegen im ersten Quartal um reichlich 18% und sanken im zweiten Quartal ebenfalls um rund 18%, jeweils gegenüber dem Vorquartal. Im Sog des Welthandels verlor auch die globale Industrieproduktion im Frühjahr an Schwung. Gemäß CPB-Daten expandierte sie im zweiten Quartal um 0,6%, nach 1,0% im ersten Quartal. Damit war sie im ersten Halbjahr um 1,7% höher als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Besonders ausgeprägt war die Abschwächung im Euro-Raum und im Vereinigten

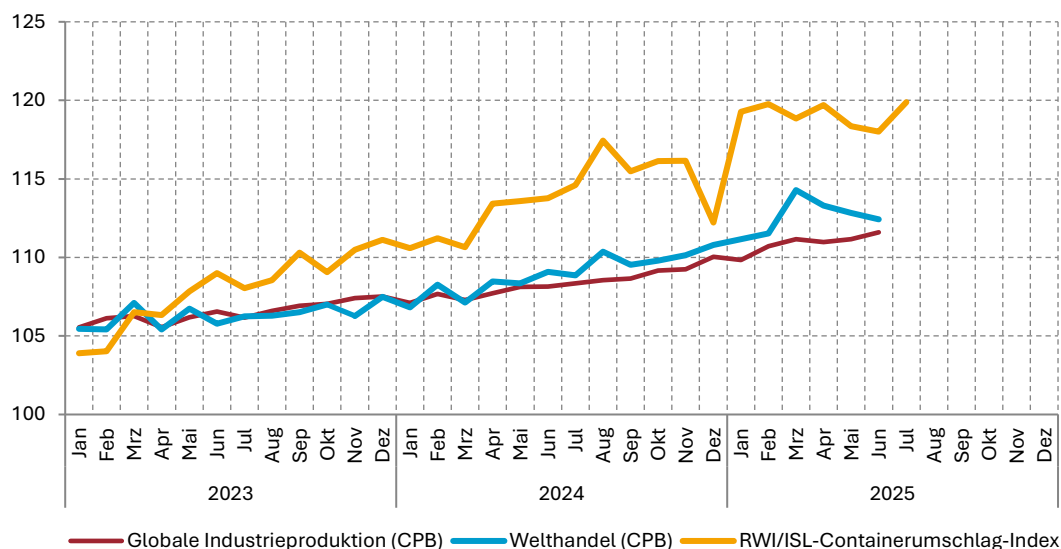
² <https://data.imf.org/en/news/imf%20data%20brief%20august%202013>, zuletzt abgerufen am 29.08.2025.

Königreich, während die Industrieproduktion in den Schwellenländern im Großen und Ganzen ihr Expansionstempo halten konnte.

Schaubild 1

Globale Industrieproduktion, Welthandel und RWI/ISL-Containerumschlagindex

Januar 2023 bis Juni bzw. Juli 2025, Indizes, Dezember 2019=100, saisonbereinigt



Nach Angaben des CPB bzw. des RWI, Macrobond, eigene Berechnungen.

Die Inflationsrate ist im Frühjahr kaum noch gesunken. In der Gruppe der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im Juni um 4,2%, womit die Inflation seit März nahezu unverändert ist. Im Juli blieb die Teuerung in Japan mit 3,1% und im Vereinigten Königreich mit 4,2% verhältnismäßig hoch. In den USA beschleunigte sich der Preisauftrieb seit April auf zuletzt 2,7%. Offenbar kommen die Zollerhöhungen allmählich bei den Verbraucherpreisen an. Hingegen ist im Euro-Raum die Inflation seit Mai stabil bei 2%. Die Energiepreise dämpfen die Inflation derzeit, während die Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittel vielerorts aufgrund kräftig steigender Dienstleistungspreise noch immer höher ist als die allgemeine Inflationsrate. Im Euro-Raum beträgt die Kerninflation seit Mai unverändert 2,3%.

Die Ölpreise hatten im Zuge der Eskalation des militärischen Konflikts zwischen Israel und dem Iran sowie nach dem US-Militärschlag gegen den Iran im Juni spürbar angezogen. Mit der anschließenden Entspannung gaben die Notierungen jedoch schnell wieder nach. Auch die Förderausweitungen einiger OPEC+-Staaten und ein nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur ohnehin reichlich gesättigter globaler Ölmarkt trugen zum Rückgang der Ölpreise bei. Ende August kostete ein Barrel Öl der Sorte Brent rund 4% weniger als Ende Juni und 10% weniger als Ende März. Auch die europäischen Gaspreise gingen im Frühjahr und Sommer zurück, wozu beigetragen haben dürfte, dass in der EU die Vorgaben hinsichtlich der Befüllung der Gasspeicher gelockert wurden. Die Metallpreise stiegen leicht bei hoher Volatilität, die vor allem durch die Kupferpreise in Erwartung höherer US-Zölle bedingt war.

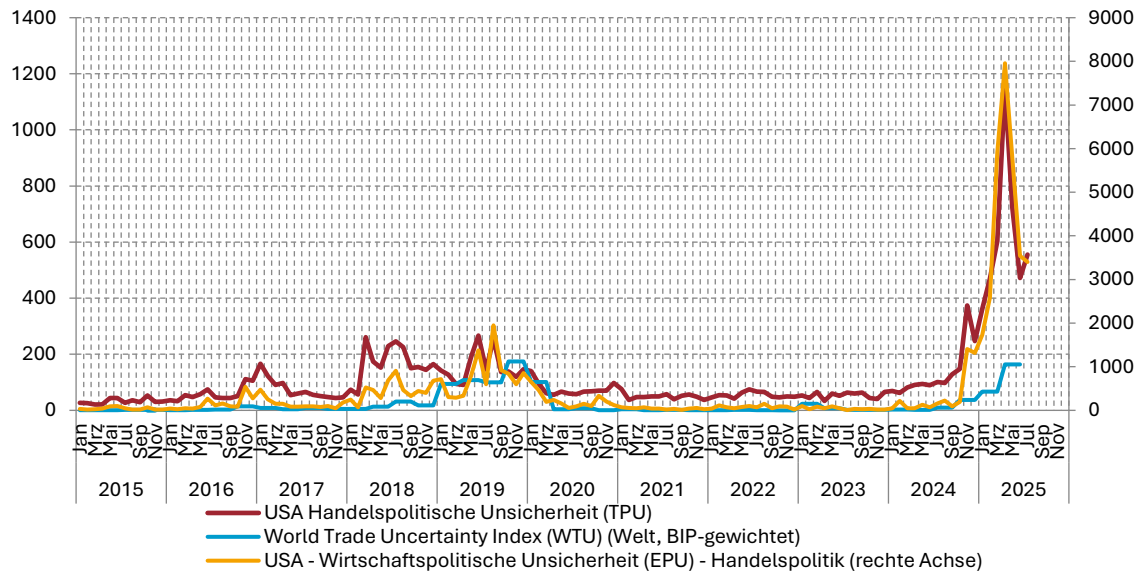
Angesichts einer dem Zielwert entsprechenden Inflation im Euro-Raum hat die EZB nach ihrer Leitzinssenkung vom Juni die Leitzinsen im Juli unverändert gelassen. Die US-Notenbank Fed hat auch wegen der zu erwartenden inflationären Wirkungen der Importzölle die Leitzinsen im Jahr 2025 bisher nicht gesenkt. Damit liegt der Einlagensatz im Euro-Raum bei 2,00%, während

die Spanne für die Federal-Funds-Rate in den USA 4,25% bis 4,50% beträgt. Trotz der höheren Importzölle und der positiven Zinsdifferenz hat der US-Dollar im Jahresverlauf gegenüber dem Euro und auch nominal-effektiv deutlich abgewertet.

Schaubild 2

Handelspolitische Unsicherheit

Indizes, Januar 2015 bis Juli 2025



Nach Angaben von policyuncertainty.com, matteoiacoviello.com, [Macrobond](https://macrobond.com).

Im Prognosezeitraum dürfte die erratische US-Zollpolitik die globale Wirtschaftsentwicklung und die Expansion des Welthandels bremsen. Auch nach den Einigungen zwischen den USA und einigen Handelspartnern, u.a. der EU, auf Handelsabkommen, ist der US-Importzollsatz deutlich höher als vor dem Amtsantritt von Präsident Trump im Januar. Der durchschnittliche US-Importzollsatz beträgt nach Schätzungen der amerikanischen Tax Foundation mit Stand 28. August 12%, nach 2,4% im Durchschnitt des vergangenen Jahres.

Darüber hinaus ist die handelspolitische Unsicherheit nach wie vor hoch (Schaubild 2). Dies liegt nicht zuletzt daran, dass kein endgültiges Handelsabkommen zwischen den USA und China vorliegt. Zudem droht der US-Präsident mit höheren Zöllen gegenüber Ländern, die Digitalsteuern haben und erheben wollen, so dass das Abkommen mit der EU wieder aufgeschnürt werden könnte. Zudem sind noch immer zahlreiche Details offen. So wurde Ende August überraschend seitens der USA mitgeteilt, dass auf alle Produkte, die Stahl oder Aluminium enthalten, nicht der allgemeine Importzollsatz von 15%, sondern auf den Wertanteil der aus Stahl- bzw. Aluminium hervorgeht, der höhere Zollsatz von 50% anzuwenden sei.

Frühindikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes deuten auf eine moderate Expansion der Wirtschaftsleistung in der zweiten Jahreshälfte 2025 hin. Insgesamt bleibt das Wachstumstempo der Weltwirtschaft voraussichtlich auch in den weiteren Prognosejahren moderat (Tabelle 1). In den USA wird die Inflation voraussichtlich anziehen, was den privaten Konsum bremsen dürfte. Die Konjunktur im Euro-Raum wird durch die US-Zollpolitik und die damit verbundene kräftige Aufwertung des Euro belastet. Gleichwohl stützen die gesunkene Inflation, die zurückliegenden Zinssenkungen und die robusten Arbeitsmärkte die Konjunktur, so dass sich die Zunahme der Wirtschaftsleistung leicht beschleunigen dürfte. In den kommenden Jahren sind in der EU auch stützende Wirkungen durch die umfangreichen Ausweitungen der

Verteidigungsausgaben zu erwarten. Der Disinflationsprozess wird sich in den meisten Ländern wohl fortsetzen. Im Euro-Raum wird die Inflation wohl weiterhin mit dem Ziel der EZB vereinbar sein, während sie in den USA aufgrund der höheren Einfuhrzölle zunächst hoch bleiben dürfte.

Tabelle 1

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2025 bis 2027; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2025 ^p	2026 ^p	2027 ^p	2025 ^p	2026 ^p	2027 ^p
Europa						
EU-27	1,5	1,4	1,6	2,3	2,2	2,1
Euro-Raum-20	1,3	1,2	1,4	2,1	2,0	2,0
Deutschland	0,3	0,9	1,3	2,3	2,2	2,2
Frankreich	0,7	1,0	1,2	0,9	1,7	1,8
Italien	0,6	0,8	1,2	1,7	1,6	1,8
Spanien	2,7	2,3	1,9	2,5	2,2	2,1
MOEL ¹	2,4	2,5	2,8	4,5	3,8	3,0
Vereinigtes Königreich	1,3	1,3	1,6	3,5	2,7	2,0
Russland	1,0	0,8	0,8	9,0	5,5	4,2
Amerika						
USA	1,8	1,5	1,8	2,7	2,6	2,1
Lateinamerika ²	2,2	1,7	2,2	9,5	6,8	5,2
Asien						
China ohne Hong Kong	4,9	4,4	4,3	-0,1	0,9	1,5
Japan	1,3	0,8	0,6	3,2	2,1	1,7
Sonstige Länder ³	3,3	3,0	3,2	1,6	2,0	2,1
Indien	7,1	6,3	6,6	2,1	3,1	4,1
Insgesamt	2,7	2,3	2,5	2,5	2,4	2,2
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁴	1,6	1,4	1,6	2,7	2,4	2,1
Schwellenländer	4,3	3,8	3,9	2,3	2,4	2,5
nachrichtlich:						
Welthandel⁵	2,9	0,4	1,8			
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁶	68,8	65,2	65,3			
Dollarkurs (\$/€)⁶	1,13	1,16	1,16			

Eigene Berechnungen nach Angaben des IWF, von Eurostat und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit dem BIP in U.S. Dollar von 2024. – ^p: Prognose. – ¹ MOEL: Mittel- und Osteuropäische EU-Mitgliedstaaten: Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien. – ² Brasilien, Mexiko, Argentinien. – ³ Korea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Hong Kong, Singapur, Malaysia, Philippinen. – ⁴ EU, USA, Vereinigtes Königreich und Japan. – ⁵ Nach Definition des CPB. – ⁶ Jahresdurchschnitte.

Die Risiken für die Weltwirtschaft sind noch immer beträchtlich. Die neuen Importzölle und die große Unsicherheit könnten Handel und Produktion stärker belasten als in dieser Prognose unterstellt. Außerdem besteht die Gefahr, dass die US-Politik, etwa in Form der wiederholten Angriffe auf die Unabhängigkeit der US-Notenbank, das Vertrauen der globalen Anleger in das Finanzsystem der USA unterminieren. Kapitalabflüsse und steigende Renditen in den USA selbst, über den internationalen Zinsverbund aber auch weltweit, könnten die Folge sein. In dieselbe Richtung geht die sehr expansive US-Fiskalpolitik, da mit den jüngsten ausgaben- und steuerpolitischen Maßnahmen im Rahmen des „One Big Beautiful Bill Act (OBBA)“ die bereits hohe öffentliche Verschuldung der USA weiter kräftig steigen wird. Auch im Euro-Raum ist die Staatsverschuldung in einigen Ländern hoch. So haben Frankreich, Italien und Spanien jeweils bereits

eine öffentliche Verschuldung von teils deutlich über 100% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, und insbesondere in Frankreich dürften die strukturellen Budgetdefizite im Prognosezeitraum hoch bleiben. Auch die geopolitischen Risiken, vor allem im Zusammenhang mit den Kriegen im Nahen Osten und in der Ukraine oder angesichts von Drohungen Chinas gegen Taiwan, bleiben hoch.

2. Neue Belastungen für die konjunkturelle Erholung in Deutschland

Die Wirtschaftsaktivität in Deutschland wurde im ersten Halbjahr stark von neuen Belastungen geprägt. So hat die Ankündigung von Zöllen auf Importe aus der EU durch die US-Administration zu Vorzieheffekten bei den Exporten geführt, verbunden mit einem deutlichen Anstieg des BIP im ersten Quartal und einer ebenso deutlichen Gegenreaktion im zweiten Quartal. Die in der Zwischenzeit erzielte Einigung zwischen der Europäischen Kommission und der US-Administration ist recht vage formuliert. Dadurch besteht ein Risiko, dass der Konflikt wieder aufbricht. Auch die langwierigen Haushaltsverhandlungen der neuen Bundesregierung und gegensätzliche Positionen bei wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik dürften dazu beigetragen haben, dass die privaten Investitionen im zweiten Quartal wieder gesunken sind. Die Verbraucher sind angesichts eines schwachen Arbeitsmarktes mit ihren Konsumausgaben wieder vorsichtiger geworden.

All dies hat dazu geführt, dass die konjunkturelle Grunddynamik in Deutschland weiterhin schwach ist. Zwar wurde der Rückgang des BIP nach der jüngsten Datenrevision bereits zur Jahresmitte des vergangenen Jahres beendet und in der zweiten Jahreshälfte setzte eine konjunkturelle Erholung ein (Schaubild 3). Diese Aufwärtstendenz wurde jedoch durch die mit der US-amerikanischen Zollpolitik verbundenen Belastungen geschwächt. Bereinigt um die Vorzieheffekte dürfte die Wirtschaftsleistung in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres nur geringfügig zugenommen haben.

Schaubild 3

Revision des BIP

2023 bis 2025; Saison- und kalenderbereinigte Vorquartalsraten in %



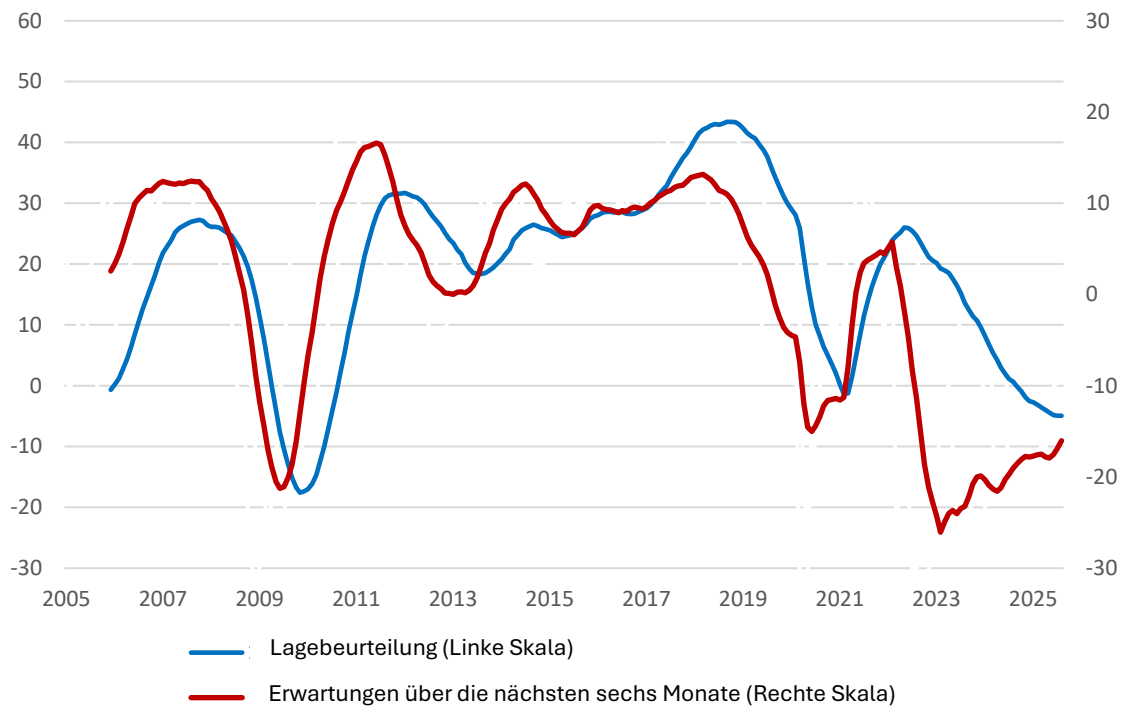
Eigene Berechnungen nach Angaben von Destatis.

Die schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage spiegelt sich auch in der Lagebeurteilung der Unternehmen wider. Dieser Teilindikator des ifo Geschäftsklimas sinkt in der Tendenz seit dem Jahr 2023 und scheint sich erst in den vergangenen Monaten etwas stabilisiert zu haben (Schaubild 4). Dagegen ist die Erwartungskomponente in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Zwar ist es üblich, dass die Lagebeurteilung der Erwartungskomponente im Konjunkturzyklus nachläuft. Allerdings betrug die Verzögerung in der Vergangenheit nur wenige Monate.

Mit dem Auslaufen des Energiepreisschocks im Jahr 2023 erwarten die Unternehmen anscheinend eine Belebung der Nachfrage. Trotz der nachfolgenden Belastungen, wie der US-Zölle, haben sich die Erwartungen der Unternehmen seitdem kontinuierlich verbessert. Denn sie rechnen damit, dass die öffentlichen Ausgaben durch das neue Sondervermögen für Infrastruktur und die Reform der Schuldenbremse zur Finanzierung der Verteidigung bald steigen und so die Konjunktur ankurbeln werden. In diesem Fall dürfte sich die Lagebeurteilung der Unternehmen in den kommenden Monaten nach und nach verbessern. Dafür spricht auch, dass in den vergangenen Monaten die Auftragseingänge, insbesondere aus dem Ausland, gestiegen sind. Zudem setzt die Bundesregierung z.B. mit dem sog. Investitionssofortprogramm schrittweise weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums um.

Schaubild 4**Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen laut ifo Umfragen**

Januar 2006 bis August 2025; 12 Monats-gleitende Durchschnitte der Salden

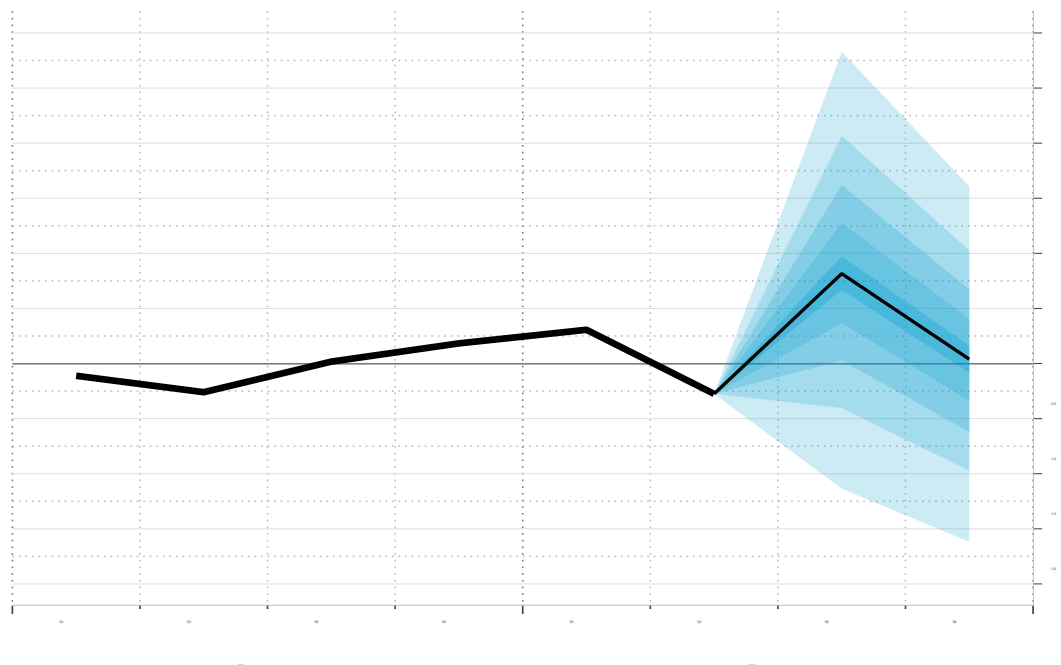
*Eigene Berechnungen nach Angaben von Macrobond.*

Unser Nowcast für das dritte Quartal deutet einen recht kräftigen Anstieg des BIP an (Schaubild 5). Zu diesem frühen Zeitpunkt, zu dem noch kaum Indikatoren für das Quartal vorliegen, ist er aber mit hoher Unsicherheit behaftet. Aus diesem Grund weichen wir in unserer Prognose relativ deutlich von diesem Wert ab. Wir gehen aber auch von einem Anstieg des BIP aus.

Schaubild 5

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (Döhrn et al., 2018: 29-31).

3. Kräftig steigende öffentliche Ausgaben erhöhen die Binnennachfrage

In der zweiten Jahreshälfte dürften sich die konjunkturellen Auftriebskräfte etwas verstärken. So zeichnet sich eine leichte Belebung der Exportnachfrage ab. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind in den vergangenen Monaten gestiegen und der Containerumschlag-Index für Juli deutet darauf hin, dass die Ausfuhren aus den europäischen Häfen zugelegt haben. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass die Belastungen vonseiten der US-amerikanischen Handelspolitik nachlassen. Die erzielte Einigung bei den Zöllen auf Einfuhren aus der EU ist wenig konkret, so dass die Unsicherheit mit Blick auf die Handelspolitik anhält. Auch ist zu erwarten, dass neue Konflikte auftreten. Zwar ist der Indikator für handelspolitische Unsicherheit im Verlauf dieses Jahres gesunken. Das aktuelle Niveau ist aber immer noch sehr hoch (Schaubild 2). Für den weiteren Prognoseverlauf nehmen wir an, dass die Unsicherheit bestehen bleibt und den Welthandel weiterhin dämpft.

Allerdings ist zu erwarten, dass die von der Bundesregierung inzwischen beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums nach und nach ihre Wirkung entfalten und die Binnennachfrage anregen. Zusätzlich zum Sondervermögen und der Grundgesetzänderung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist im Juli das Investitionssofortprogramm in Kraft getreten. Darin enthalten ist eine degressive Abschreibung von bis zu 30% pro Jahr für Ausrüstungsinvestitionen, die zwischen dem 1. Juli 2025 und dem 31. Dezember 2026 getätigt werden. Außerdem können 75% der Anschaffungskosten für betriebliche genutzte Elektrofahrzeuge ab dem 1. Juli bereits im Anschaffungsjahr abgeschrieben werden. Zudem ist vorgesehen, für die Jahre 2026 bis 2030 die Obergrenze der Bemessungsgrundlage der steuerlichen Forschungszulage

um zwei Millionen auf 12 Millionen Euro zu erhöhen. Die Erfahrungen mit früheren ähnlichen Maßnahmen zeigen, dass sie die privaten Investitionen im Prognosezeitraum zunehmend anregen dürften. Erste Effekte sind bereits in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres zu erwarten. Allerdings ist bei den Abschreibungen für Ausrüstungsinvestitionen mit zeitlichen Verzögerungen bei der Entfaltung der Wirkungen zu rechnen (Fuest und Wildgruber, 2017). Zudem ist in der Prognose unterstellt, dass ab dem kommenden Jahr zunehmend die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und für die Verteidigung abfließen, so dass zusätzliche stimulierende Effekte entstehen. Da in den betroffenen Wirtschaftszweigen die Kapazitäten bereits hoch ausgelastet sind gehen wir allerdings auch von stärker steigenden Preisen aus.

Darüber hinaus werden für die Prognose die folgenden Annahmen getroffen:

- Der Welthandel ist recht kräftig in dieses Jahr gestartet. Angesichts der handelspolitischen Maßnahmen der US-Administration ist mit einem Rückgang in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte der Welthandel angesichts des kräftigen Jahresauftakts aber noch um 2,9% zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte der jahresdurchschnittliche Zuwachs dann nur noch 0,4% betragen und im Jahr 2027 auf 1,8% steigen.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) ist zum Jahresbeginn merklich gesunken. Im Einklang mit den Terminnotierungen dürfte der Jahresdurchschnitt 2025 69 Dollar je Barrel betragen. In den beiden Folgejahren dürfte er bei 65 Dollar je Barrel liegen.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar wird in diesem Jahr im Durchschnitt 1,13 Dollar je Euro betragen und für die beiden Folgejahre auf dem zuletzt erreichten etwas höheren Niveau von 1,16 Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes dürften in diesem Jahr um 2,6% steigen. Im Jahresdurchschnitt dürften sie in den Jahren 2026 und 2027 um 2,6% bzw. 2,8% zulegen.

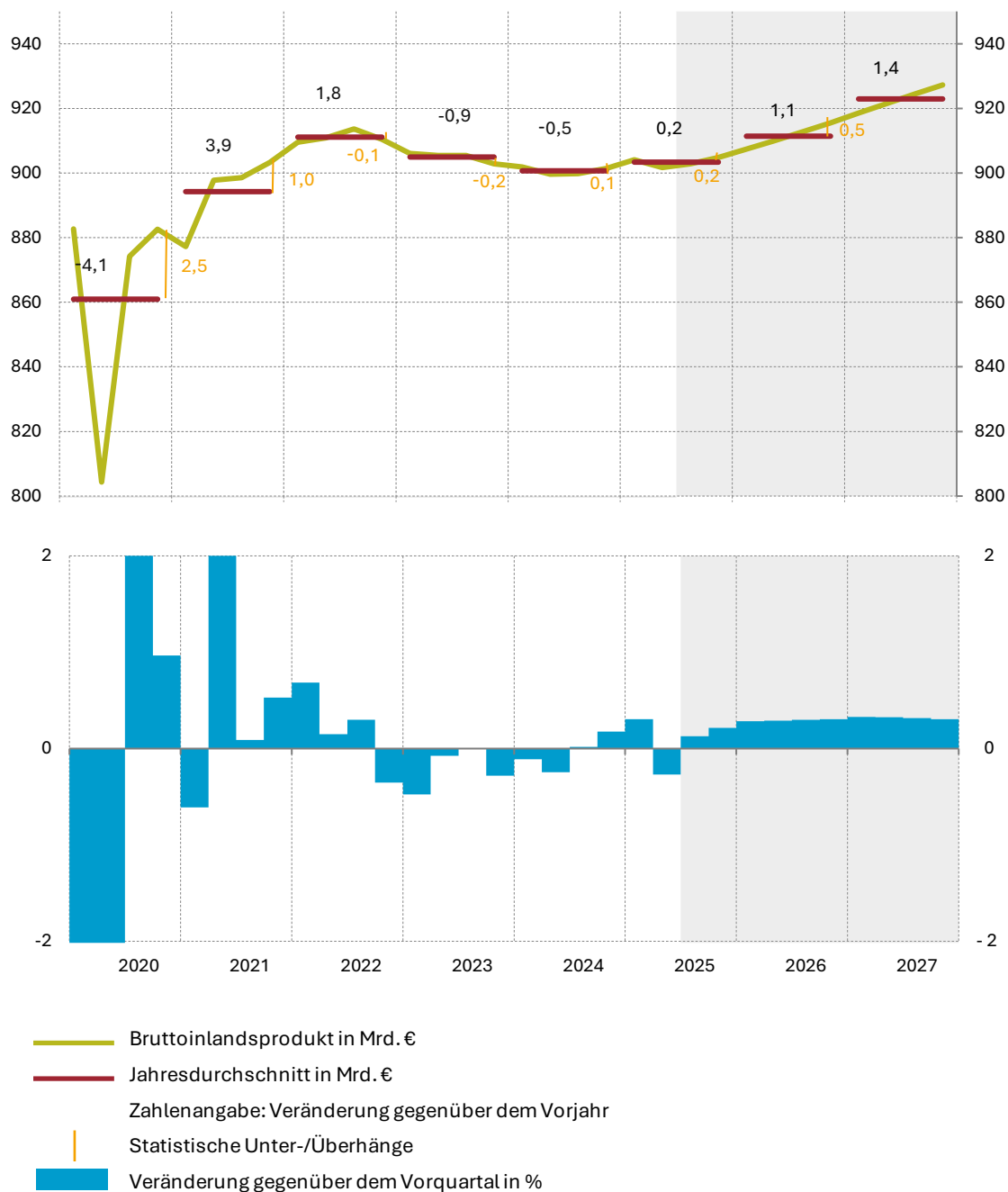
Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- Seit Beginn dieses Jahres hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen noch viermal um insgesamt einen Prozentpunkt gesenkt. In dieser Prognose wird davon ausgegangen, dass der Zinssatz für die Einlagefazilität nun für den Rest des Prognosezeitraums auf dem erreichten Niveau von 2,0% verbleibt.
- Die Finanzpolitik ist im Jahr 2025 leicht restriktiv ausgerichtet. In den Jahren 2026 und 2027 ist die Finanzpolitik hingegen expansiv ausgerichtet. Die expansiven Impulse betragen jeweils 0,9% in Relation zum BIP.

Schaubild 6

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2020 bis 2027; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem dritten Quartal 2025 eigene Prognose.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Jahreshälfte nur verhalten ausgeweitet wird. Erst ab dem kommenden Jahr dürfte sich die Binnenwirtschaft durch die wirtschaftspolitischen Impulse stärker beleben. Da die Umsetzung der neu beschlossenen Maßnahmen Zeit in Anspruch nimmt, dürfte die Stärke der Effekte im Zeitverlauf zunehmen. Die Maßnahmen dürften zunächst die Investitionsnachfrage erhöhen. Angesichts unterausgelasteter Kapazitäten wird sich die konjunkturelle Belebung auf dem

Arbeitsmarkt voraussichtlich erst mit einiger Verzögerung auswirken. Dem entsprechend verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt in diesem Jahr kaum, so dass sich die privaten Haushalte mit Anschaffungen zunächst weiter zurückhalten dürften. Die Exporte werden mit dem Welthandel wohl leicht aufwärtsgerichtet sein. Deutliche Impulse sind im Prognosezeitraum aber nicht zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt ist eine Ausweitung des BIP in diesem Jahr von 0,2% zu erwarten (Tabelle 2). Im kommenden Jahr, wenn die Impulse der öffentlichen Investitionen zunehmen, dürfte das BIP um 1,1% ausgeweitet werden. Im Jahr 2027 beträgt der Zuwachs dann voraussichtlich 1,4%. (Schaubild 6). Der Zuwachs liegt damit deutlich über dem Wachstum des Produktionspotenzials, das im kommenden Jahr bei etwa 0,3% liegen dürfte. Die Produktionslücke wird damit im kommenden Jahr voraussichtlich deutlich zurückgehen.

Tabelle 2
Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

2024 bis 2027; in %

	2024	2025 ^p	2026 ^p	2027 ^p
Statistischer Überhang ¹	-0,2	0,1	0,2	0,5
Jahresverlaufsrate ²	-0,2	0,4	1,2	1,3
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-0,5	0,3	0,9	1,3
Kalendereffekt ³	0,0	-0,1	0,3	0,1
Durchschnittliche Veränderung	-0,5	0,2	1,1	1,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

3.1 Handelsunsicherheit dämpft die Ausfuhren

Nach einem kräftigen Anstieg zum Jahresauftakt gingen die Exporte im zweiten Quartal um 0,1% zurück. Besonders deutlich fiel der Rückgang im Warenhandel aus, während die Dienstleistungsexporte spürbar zulegten. Ausschlaggebend war vor allem ein Rückgang der Ausfuhren in die USA sowie bei Vorleistungsgütern, nachdem im ersten Quartal Vorzieheffekte zu hohen Zuwächsen geführt hatten. Die Importe hingegen setzten ihren Aufwärtstrend fort und nahmen mit einer Rate von 1,6% zu, getragen insbesondere von höheren Einfuhren aus der Europäischen Union, China und den USA.

In der zweiten Jahreshälfte ist mit Belebung der deutschen Exporte zu rechnen. Darauf deuten sowohl die leicht verbesserten Stimmungsindikatoren als auch die Zunahme der Auftragseingänge aus dem Ausland hin. Die Importe dürften dagegen etwas langsamer ausgeweitet werden.

Zu der Belebung der Exporte hat kurzfristig wohl vor allem die jüngste Zolleinigung zwischen den USA und der Europäischen Union beitragen. Diese dürfte die Unsicherheit für die deutschen Exporteure verringert haben. Im weiteren Verlauf dürfte eine anziehende Nachfrage aus der Europäischen Union die Exporte wieder stützen. Auch bei den Importen ist ein weiterer Anstieg zu erwarten, insbesondere gegen Ende des Prognosezeitraums durch höhere Einfuhren von Infrastruktur- und Rüstungsgütern. Zusammengefasst dürften die Exporte 2025 um 0,2%, 2026 um 2,0% und 2027 um 1,6% zunehmen. Für die Importe ergibt sich ein erwarteter Anstieg von 3,9% im Jahr 2025, 2,9% im Jahr 2026 und 1,8 % im Jahr 2027 (Tabelle 3).

Die Außenhandelspreise sind im zweiten Quartal deutlich gesunken. Die Exportpreise gingen um 0,7% und die Importpreise um 1,5% zurück, bedingt vor allem durch den starken Rückgang der Energiepreise. Auch für das dritte Quartal deutet sich ein weiterer Preistrückgang an. Im

weiteren Prognoseverlauf ist jedoch mit einer Normalisierung zu rechnen. Während zunächst noch moderate Preissteigerungen erwartet werden, könnten die Importpreise zum Ende des Prognosezeitraums aufgrund der höheren staatlichen Nachfrage nach Rüstungsgütern wieder stärker zulegen. Daraus ergibt sich eine anfängliche Verbesserung, später jedoch eine leichte Verschlechterung der Terms of Trade.

Tabelle 3

RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2025

2024 bis 2027, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2024	2025 ^P	2026 ^P	2027 ^P	Änderung zum Juni 2025		
					2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,5	0,2	1,1	1,4	-0,3	-0,1	-0,3
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	1,1	1,3	1,1	1,2	0,1	0,2	-0,2
Private Haushalte ²	0,5	1,0	0,8	0,9	0,3	0,0	-0,2
Staat	2,6	2,0	1,7	1,7	-0,6	0,6	-0,2
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,7	2,4	3,1	-0,7	-1,7	-0,9
Bauten	-3,4	-1,5	1,6	2,5	-0,1	-2,3	-0,9
Ausrüstungen	-5,4	-2,2	2,9	3,9	0,1	-2,2	-1,4
Sonstige Anlagen	0,2	3,7	3,4	3,4	-3,7	0,4	-0,1
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	0,1	0,8	0,1	-0,1	0,0	0,8	0,1
Inländische Verwendung	0,2	1,6	1,5	1,5	-0,1	0,6	-0,2
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,7	-1,4	-0,3	-0,1	-0,2	-0,7	-0,1
Ausfuhr	-2,1	0,2	2,0	1,6	-0,2	0,8	0,6
Einfuhr	-0,6	3,9	2,9	1,8	0,2	2,9	1,0
Erwerbstätige ³ , in 1000	45 987	45 998	45 986	45 964	-94,5	-52,5	-56,6
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 787	2 944	2 935	2 871	0,0	-1,5	21,0
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,0	6,3	6,2	6,1	0,0	0,0	0,0
Verbraucherpreise ⁶	2,3	2,0	1,8	2,0	0,0	-0,2	-0,2
Lohnstückkosten ⁷	5,8	3,9	2,0	1,7	0,0	0,5	0,6
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-115,3	-115,6	-157,7	-169,7	0,3	-2,5	-28,0
in % des nominalen BIP	-2,7	-2,6	-3,4	-3,6	0,0	0,0	-0,6
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	243,8	212,6	220,5	225,0	-2,9	-14,1	-10,2
in % des nominalen BIP	5,6	4,8	4,8	4,7	-0,1	-0,4	-0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ¹⁰In %-Punkten, Abweichungen rundungsbedingt möglich. – ^PPrognose.

3.2 Verhaltende Ausrüstungsinvestitionen trotz Investitionsbooster

Die Ausrüstungsinvestitionen gingen im zweiten Quartal um 1,9% zurück. Ausschlaggebend hierfür war vor allem der deutliche Einbruch der öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen (-16,1%), während die privaten Investitionen nahezu stagnierten (-0,1%). Seit dem Jahr 2021 verharren die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen in etwa auf demselben Niveau, wobei die Schwankungen deutlich zugenommen haben.

Im laufenden Quartal dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen wieder zulegen. Dafür sprechen die gegenüber dem zweiten Quartal gestiegene Kapazitätsauslastung sowie höhere gewerbliche Kfz-Zulassungen. Außerdem ergeben sich ab diesem Quartal zusätzliche Investitionsanreize durch das seit Juli wirksame Investitionssofortprogramm („Investitionsbooster“). Dem entsprechend haben sich die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller im Juni deutlich verbessert und sind nun erstmals seit mehr als drei Jahren nicht mehr klar im negativen Bereich. Der kräftige Rückgang der Produktion von Investitionsgütern im Juni könnte dabei ein Indiz dafür sein, dass Unternehmen Investitionen aufgeschoben haben, um die neu geschaffenen Abschreibungsmöglichkeiten nutzen zu können.

Dennoch bestehen durch die schwache Industriekonjunktur, die hohen Energiekosten, die hohen Bürokratielasten und die mangelnde digitale Infrastruktur weiterhin Belastungen für die Investitionen. Die insgesamt verhaltende Investitionsbereitschaft der Unternehmen spiegelt sich unter anderem in den im Mai und Juni rückläufigen Auftragseingängen wider.

Für das Gesamtjahr ist aufgrund der schwachen ersten Jahreshälfte mit einem Rückgang der privaten Ausrüstungsinvestitionen um 2,3% zu rechnen. Im kommenden Jahr dürften sie sich dann um 2% und im Jahr 2027 um 1,7% erhöhen. Bei den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen ist mittelfristig mit einem kräftigen Anstieg zu rechnen, getrieben durch steigende Verteidigungsausgaben (nach -0,7% im laufenden Jahr, 11,5% im Jahr 2026 und 21,6% im Jahr 2027).

Die Investitionen in sonstige Anlagen, beispielsweise in Software, dürften im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung weiter kräftig expandieren. Erwartet werden Zuwächse von 3,7% im laufenden Jahr, 3,4% im kommenden und 6,0% im Jahr 2027.

3.3 Weitere Hiobsbotschaft von den Bauinvestitionen

Für die Bauinvestitionen zeigt sich ein deutlich eingetrübtes Bild. Im zweiten Quartal gingen sie mit -2,1% kräftig zurück. Zudem deuten die jüngsten Revisionen auf ein insgesamt schwächeres Investitionsniveau in den vergangenen Jahren hin als bislang bekannt. Dabei hat sich die Spreizung zwischen den Bauaggregaten nochmals vergrößert: Während sich der Wohnungsbau seit dem Jahr 2020 deutlich schwächer entwickelt hat als bislang angenommen, war der öffentliche Bau wesentlich robuster.

Im laufenden Quartal dürften die Bauinvestitionen zwar leicht zulegen, insgesamt bleibt die Lage jedoch angespannt. Die Auftragseingänge verharrten im Wohnungsbau auf niedrigem Niveau und gingen im Straßenbau sogar spürbar zurück. Geringe Auftragsbestände im Wohnungsbau führen weiterhin zu erheblichen Baubehinderungen, wenngleich sich die Geschäftserwartungen außerhalb des Wohnungsbaus zuletzt leicht verbessert haben. Der Investitionsbooster dürfte private Bauinvestitionen etwas attraktiver machen. Die Zahl der Baugenehmigungen stagnierte im zweiten Quartal, während gestiegene Bauzinsen die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten dämpften.

Insgesamt ist für das laufende Jahr von einem Rückgang der Bauinvestitionen um 1,5% auszugehen. In den beiden Folgejahren dürfte sich die Entwicklung verbessern (1,6% im Jahr 2026 und

2,5% im Jahr 2027), wobei zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur vor allen Dingen den öffentlichen Bau beleben dürften (0,9% 2025, 4,2% 2026, 5,6% 2027). Der Wohnungsbau wird dagegen schon jetzt von Zins Crowding Out gebremst und dürfte sich auch zukünftig nur moderat erholen (-3,1% 2025, 1,2% 2026, 2,0% 2027). Der Wirtschaftsbau expandiert voraussichtlich verhalten (0,9% 2025, 0,8% 2026, 1,4% 2027).

3.4 Kräftiger Anstieg des Privaten Konsums beendet

Der private Konsum wurde im zweiten Quartal 2025 nur noch moderat ausgeweitet, nachdem er zuvor mehrere Quartale in Folge deutlich gestiegen war. Insbesondere im vergangenen Jahr kam den privaten Haushalten ein spürbarer Anstieg der real verfügbaren Einkommen zugute. Der Anstieg der Reallöhne schwächt sich inzwischen deutlich ab. Im zweiten Quartal ging die Ausweitung des Konsums mit einem deutlichen Rückgang der Sparquote einher. Dies deutet darauf hin, dass Haushalte auf in den Vorjahren aufgebaute Einkommensgewinne zurückgreifen, um das Konsumniveau zu halten. Dies dürfte aber ein kurzfristiges Phänomen sein. Im Prognosezeitraum wird der private Konsum maßgeblich von der Lohnentwicklung beeinflusst. Die Tarifabschlüsse deuten auf einen weiteren Anstieg der Haushaltseinkommen hin, doch das Tempo des Lohnwachstums dürfte schwächer ausfallen als in den Jahren 2023 und 2024. Gründe hierfür sind vor allem das Auslaufen der einmaligen Inflationsausgleichsprämie sowie ein moderateres Preisumfeld in den Jahren 2025 und 2026. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass der private Konsum nach dem kräftigen, aber vorübergehenden Anstieg zu Beginn des Jahres 2025 wieder nachlässt. Im Jahresverlauf dürfte die Expansion daher insgesamt verhalten bleiben. Spürbar stärkere Impulse sind erst zu erwarten, sobald die neue Regierung über größere fiskalische Spielräume verfügt. In den Jahren 2026 und 2027 sollte eine weiter nachlassende Inflation die Realeinkommen stützen.

3.5 Anhaltend hoher Staatskonsum durch Sondervermögen

Nachdem der Staatskonsum im ersten Quartal des laufenden Jahres wegen der vorläufigen Haushaltsführung rückläufig war, verzeichnete er im zweiten Quartal einen starken Zuwachs. Der Anstieg dürfte der Startschuss für einen anhaltend wachsenden Staatskonsum sein, der durch den neuen Finanzrahmen und die Sondervermögen animiert wird. Neben den hohen konsumtiven Ausgaben für Verteidigung sorgt die Alterung der Gesellschaft für Auftrieb beim öffentlichen Konsum. Die jährlichen Wachstumsraten des Staatskonsums dürften bei 2,8% im Jahr 2025, 2,2% im kommenden Jahr und 2,3% im Jahr 2027 liegen.

4. Zölle bremsen Erholung im Verarbeitenden Gewerbe

Nachdem die Bruttowertschöpfung im ersten Quartal 2025 recht kräftig um 0,6% zugelegt hatte, ist sie im zweiten Quartal um 0,2% zurückgegangen (Tabelle 4). Betroffen von dem Rückgang waren neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch das Baugewerbe und das Gastgewerbe. Der Rückgang der Wertschöpfung in der Industrie dürfte vor allem auf die vorgezogenen Exporte in die USA aufgrund der angekündigten Zölle zurückzuführen sein. Insofern dürfte der Rückgang im zweiten Quartal zu großen Teilen auf diesen Sondereffekt basieren und sich im dritten Quartal nicht weiter fortsetzen. Vielmehr ist eine leichte Zunahme der Wertschöpfung zu erwarten. Darauf deuten auch Unternehmensumfragen des ifo Instituts hin. Seit Beginn des Jahres und auch am aktuellen Rand haben sich die Geschäftslage und vor allem die Geschäftserwartungen, wenn auch auf niedrigem Niveau, aufgehellt. Auch die Auftragseingänge, insbesondere aus dem Ausland, scheinen sich nach einer langen Phase stetiger Rückgänge stabilisiert zu haben.

Im weiteren Verlauf des Jahres ist mit einer allmählichen Erholung der Wertschöpfung zu rechnen. Das Verarbeitende Gewerbe steht weiterhin vor großen Herausforderungen wie den tendenziell immer noch recht hohen Energiepreisen, hohen bürokratischen Hürden, und der veränderten Rolle Chinas im internationalen Handel. Die US-Zölle von 15% auf fast alle Importe aus der EU bzw. 50% auf Einfuhren von Stahl und Aluminium sowie auf den Stahl- und Aluminiumanteil an sonstigen Waren dürften das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland zusätzlich belasten. Diesen Belastungen stehen Wachstumsimpulse aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie steigende Ausgaben für Verteidigung gegenüber, die vor allem in den Jahren 2026 und 2027 die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe spürbar erhöhen werden.

Die Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen konnte im zweiten Quartal leicht ausgeweitet werden. Wenn sich die gesamtwirtschaftliche Lage aufhellt, dürfte nicht zuletzt die wirtschaftliche Aktivität im Dienstleistungssektor im Prognosezeitraum weiter zunehmen. Insgesamt ist für das Jahr 2025 mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um 0,3% zu rechnen. Für das darauffolgende Jahr erwarten wir eine Zunahme um 0,9%, gefolgt von 1,4% im Jahr 2027.

Tabelle 4
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

2024 bis 2025; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,3	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,6	-0,2	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	1,3	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,4
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	1,6	-0,3	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,4
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-0,1	1,6	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4
Baugewerbe (F)	1,3	-3,7	0,5	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	0,7	-0,6	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4
Information und								
Kommunikation (J)	0,0	0,5	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,2	-1,2	-0,4	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,7	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,3	0,5	0,1	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,4	0,1	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	-0,7	0,0	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem dritten Quartal 2025 eigene Prognose. Weitere Quartals- und Jahreswerte finden sich im Anhang. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

5. Arbeitsmarkt: Belastet, aber mit Aussicht auf Erholung

Im zweiten Quartal 2025 zeigte die Erwerbstätigkeit kaum Veränderungen: Rückgänge im Produzierenden Gewerbe und Baugewerbe werden durch Zuwächse im Dienstleistungssektor kompensiert. Im August 2025 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen infolge der Sommerpause allerdings auf insgesamt 3,025 Millionen. Nach Bereinigung um saisonale Effekte zeigt sich dagegen ein Rückgang um 9 000 Personen im Vergleich zum Vormonat. Gleichzeitig melden Unternehmen nur zögerlich neue Stellen, so dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung derzeit kaum zunimmt. Die Zahl der Selbstständigen geht weiterhin zurück.

Das IAB-Arbeitsmarktbarometer signalisiert leicht steigende Beschäftigung und ein Ende der steigenden Arbeitslosigkeit. Dagegen deutet das ifo-Beschäftigungsbarometer an, dass

Unternehmen weiterhin Arbeitsplätze abbauen, wenn auch seltener als zuvor. Demnach bietet fast kein Sektor nennenswerten Spielraum für Neueinstellungen. Auch der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) für die Arbeitskräftenachfrage sank im Juli um einen Punkt.

Im Prognosezeitraum werden zunehmend die Folgen des demografischen Wandels spürbar, ebenso wie der Fachkräftemangel. Dies dürfte dazu führen, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht automatisch zu steigender Beschäftigung führt. Für das Jahr 2026 wird zwar eine leichte Erholung der Erwerbstätigenzahlen aufgrund der anziehenden Konjunktur erwartet, im darauffolgenden Jahr dürfte die Gesamtzahl der Erwerbstätigen jedoch abnehmen. Wir erwarten, dass die Beschäftigung im Jahr 2025 46 Millionen Personen erreicht und dann leicht um rund 12 000 Personen im Jahr 2026 sowie um weitere 22 000 Personen im Jahr 2027 zurückgeht. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr im Durchschnitt 6,3% erreichen und im kommenden Jahr auf 6,2% und im Jahr 2027 auf 6,1% sinken (Tabelle 5).

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

2021 bis 2027; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2021	2022	2023	2024	2025 ^P	2026 ^P	2027 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	60 410	61 297	61 496	61 364	61 407	61 596	61 634
Erwerbstätige Inland	45 041	45 629	45 935	45 987	45 998	45 986	45 964
Erwerbstätige Inländer	44 909	45 469	45 782	45 830	45 847	45 832	45 810
Selbständige	3 944	3 862	3 787	3 704	3 664	3 642	3 622
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	20	18	20	22	20	19	19
Arbeitnehmer (Inland)	40 927	41 101	41 781	42 164	42 307	42 350	42 377
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 897	34 507	34 790	34 934	34 982	34 992	34 976
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 101	4 125	4 198	4 180	4 141	4 118	4 106
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3 368	3 185	3 448	3 577	3 621	3 564	3 471
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2 613	2 418	2 609	2 787	2 944	2 935	2 871
Aktivierung und berufliche Eingliederung	173	161	155	147	129	130	130
Berufliche Weiterbildung	178	171	184	210	238	258	271
„Ein-Euro-Jobs“	97	92	85	73	55	38	20
Gründungszuschuss	17	16	17	20	19	19	19
Kurzarbeiter	1 852	426	241	239	239	239	239
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter) ²	4 705	4 254	3 346	3 522	3 661	3 710	3 637
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,7	5,3	5,7	6,0	6,3	6,2	6,1
Erwerbslosenquote ⁴	3,3	2,9	2,8	3,1	3,4	3,3	3,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB.

-¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitäquivalente. -

³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

6. Moderate Lohndynamik in den kommenden Jahren

Während die Tarifverdienste im Jahr 2024 noch kräftig um 4,7% gestiegen sind, wird für 2025 ein deutlich moderateres Wachstum erwartet. Grund hierfür ist vor allem das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämie Ende vergangenen Jahres. Für das Jahr 2025 ist mit einem Anstieg der Tariflöhne um 2,6% zu rechnen.

Die Lohndrift dürfte zwar weiterhin positiv bleiben, sich jedoch bis Ende des Jahres 2027 allmählich verringern. Die Wachstumsrate der Effektivverdienste – also die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten – dürfte im Jahresverlauf 2025 auf 3,5% zurückgehen und im Jahr 2026 auf 2,8%, bevor sie im Jahr 2027 wieder auf rund 3,3% steigt.

7. Teuerung der Dienstleistungen nimmt ab – Inflation stabilisiert sich

Die Teuerung hat im August voraussichtlich 2,2% betragen. Günstigere Energie und ein aufgewerteter Euro geben disinflationäre Impulse, während die Inflationsrate ohne Nahrungsmittel und Energie (die sogenannte Kerninflation) mit 2,7% noch erhöht war. Nachdem die Teuerungsrate bei den Dienstleistungen im vergangenen Jahr wenig Bewegung gezeigt und 3,8% betragen hatte, ist in den vergangenen Monaten hier ein klarer Abwärtstrend zu erkennen. Zuletzt lagen die Preise für Dienstleistungen 3,1% über dem Vorjahresniveau. Die dauerhaft erhöhten Personalkosten sind von Betrieben in diesem Bereich allmählich eingepreist. Für das gesamte Jahr 2025 ist mit einer Preissteigerung von 2,0% zu rechnen.

Im kommenden Jahr dürfte sich die Teuerung bei den Dienstleistungen weiter normalisieren und die Energiepreise zudem dämpfend wirken. Die Preissteigerung bei sonstigen Waren wird sich voraussichtlich leicht erhöhen. Darüber hinaus werden im Laufe des nächsten Jahres einige Sondereffekte auftreten. Dazu gehören die voraussichtliche Erhöhung des nationalen CO₂-Preises für Brennstoffe, die beschlossenen Rechtsvorschriften im Zuge des „Fit für 55“-Pakets, die Reduzierung der Netzentgelte, die Abschaffung der Gasspeicherumlage sowie die Reduzierung der Umsatzsteuer in der Gastronomie. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Absenkung der Stromsteuer für alle Verbraucher wird für in dieser Prognose nicht unterstellt. Insgesamt wird für das Jahr 2026 ein weiterer Rückgang der Inflation auf 1,8% erwartet.

Für das Jahr 2027 ist damit zu rechnen, dass die Inflationsrate erneut leicht ansteigt und wieder 2% betragen wird. Hierbei spielen die stärkere Auslastung der Wirtschaft sowie die weitere Reduzierung der Treibhausgasemissionsobergrenze eine Rolle.

8. Hohes Finanzierungsdefizit in den kommenden Jahren

Im laufenden Jahr ist die Finanzpolitik ausweislich der Maßnahmenmethode leicht restriktiv ausgerichtet (Tabelle 6). Dafür sind in erster Linie der deutliche Anstieg des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung und der Wegfall der Inflationsausgleichsprämie verantwortlich. Demgegenüber stehen expansive Maßnahmen wie Entlastungen durch das Steuerfortentwicklungsgesetz und Mehrausgaben für Verteidigung und Infrastruktur. Im laufenden Jahr machen diese Mehrausgaben noch vergleichsweise wenig aus, doch im kommenden und dem darauffolgenden Jahr steigen sie kräftig und sorgen dann dafür, dass die diskretionären Maßnahmen insgesamt einen stark expansiven Impuls liefern. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt beträgt dieser Impuls in den Jahren 2026 und 2027 jeweils 0,9%.

Tabelle 6

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2025	2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			
Steuerfortentwicklungsgesetz	-6,0	-5,3	-0,8
globale Mindestbesteuerung Säule 2	0,0	1,0	0,0
Gewinnabschöpfung bei Stromproduzenten	-0,5	0,0	0,0
Anhebung der Lkw-Maut	0,9	0,2	0,0
Plastikabgabe	0,0	1,4	0,0
Wegfall Inflationsausgleichsprämie	7,5	0,0	0,0
Anhebung Tabaksteuer	0,9	0,8	0,0
Einnahmen aus CO ₂ -Bepreisung	3,3	3,0	3,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-12,5	-4,4	-1,3
Investitionssofortprogramm	-0,6	-3,5	-5,7
Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie 2026	0,0	-3,2	0,0
Ausgleich der kalten Progression 2027	0,0	0,0	-3,9
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	14,5	4,0	4,0
Erhöhung der Insolvenzgeldumlage	1,1	0,0	0,0
Erhöhung Beitragssatz zur Pflegeversicherung	2,8	0,0	0,0
Wegfall Inflationsausgleichsprämie	10,0	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Startchancenprogramm Schulen	-0,5	-0,5	0,0
Digitalpakt Schule	0,2	0,6	0,0
Wegfall der Strom- und Gaspreisbremsen	1,3	0,0	0,0
Sozialer Wohnungsbau	-0,4	-0,2	0,0
Änderungen beim Bafög	-0,2	0,0	0,0
Deutschlandticket	-0,4	0,0	0,0
Wohngeldreform	-0,4	0,4	0,0
Kürzungen Bürgergeld und Elterngeld	0,4	0,1	0,0
Inflations-Ausgleichsgesetz: Anhebung Kindergeld	0,4	0,1	0,0
Steuerfortentwicklungsgesetz: Anhebung Kindergeld	-1,0	-0,6	0,0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	1,0	0,0	0,0
Strukturstärkungsgesetz und Fluthilfe	-1,2	0,0	0,0
Erhöhung Ausgaben für Verteidigung	-4,0	-12,0	-20,0
Sondervermögen KTF	-2,0	-5,0	-2,0
Mehrausgaben Infrastrukturfonds	-1,0	-14,0	-15,0
Zuschuss zu Netzentgelten ab 2026	0,0	-6,5	0,0
Ausgaben der Sozialversicherung			
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	-3,0	0,0	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	-0,8	0,0	0,0
Grundrente	-0,1	0,0	0,0
Krankenhausreform	-0,5	0,0	0,0
Erwerbsminderungsrenten	-1,4	0,0	0,0
Insgesamt	7,8	-43,6	-41,7
In Relation des BIP in Prozent	0,2%	-0,9%	-0,9%

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWIs - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ²Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr

Zum Jahresbeginn hat der Bundestag mit dem neuen Finanzrahmen die Basis für höhere staatliche Ausgaben geschaffen. Die tatsächlichen Mittelabflüsse aus den Sondervermögen dürften

sich jedoch weitgehend verzögern, denn für entsprechende neue Projekte müssen zunächst Planungs- und Beschaffungsphasen durchlaufen werden. Im laufenden Jahr wird das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit wohl leicht auf 114 Mrd. Euro sinken. Die zusätzlichen Ausgaben werden sich allerdings voraussichtlich im kommenden Jahr deutlich bemerkbar machen und zu einem starken Anstieg des Finanzierungsdefizit auf 157 Mrd. Euro führen. Für das Jahr 2027 ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklung fortsetzen und das Defizit auf 170 Mrd. Euro steigen wird.

Die Einnahmen des Staates dürften im Prognosezeitraum merklich zulegen. Die Entwicklung der Löhne sorgt für Zugewinne bei der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen, die zusätzlich noch durch den Wegfall der Inflationsausgleichsprämie und den höheren effektiven Beitragssatz zur Krankenversicherung befeuert werden. Die gewinnabhängigen Steuern dürften im laufenden Jahr aufgrund der schwachen Konjunktur deutlich gedämpft werden. In den kommenden beiden Jahren ist jedoch auch hier mit einer Erholung zu rechnen.

Ausgabeseitig schlagen die hohen Bruttoinvestitionen, die die neue Finanzverfassung ermöglicht, deutlich zu Buche – insbesondere in den Jahren 2026 und 2027. Im laufenden Jahr tragen die steigenden Arbeitnehmerentgelte noch einmal deutlich zu höheren Ausgaben bei. Ab dem kommenden Jahr wachsen sie jedoch etwas schwächer.

Nach der Saldenmethode ist die Finanzpolitik im gesamten Prognosezeitraum zunehmend expansiv ausgerichtet. Die Ausweitung des Finanzierungsdefizits in den Jahren 2026 und 2027 bringt einen verstärkt negativen strukturellen Primärsaldo mit sich. Im laufenden Jahr dürfte sich der strukturelle Primärsaldo mit -0,7% in Relation zum Produktionspotenzial gegenüber dem Vorjahr etwas verbessern. In den kommenden Jahren hingegen sinkt der Wert auf -2,0% bzw. -2,7% (Tabelle 7).

Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte wird im laufenden Jahr voraussichtlich bei 62% liegen. Im Jahr 2026 dürfte sie auf 65% und im Jahr 2027 auf 66% steigen.

Tabelle 7

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials

	2023	2024	2025 ^P	2026 ^P	2027 ^P
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,7	-2,6	-3,4	-3,6
-Konjunkturkomponente ¹	-0,2	-0,7	-0,8	-0,3	0,3
=konjunkturbereinigter Fin.-saldo	-2,3	-2,0	-1,8	-3,1	-3,8
-Einmaleffekte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	-2,3	-2,0	-1,8	-3,1	-3,8
+Zinsausgaben	0,9	1,1	1,1	1,1	1,1
=struktureller Primärsaldo	-1,4	-0,9	-0,7	-2,0	-2,7

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,504, ^PEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial

9. Risiken

Die Risiken für die deutsche Konjunktur stellen sich derzeit ausgeglichener dar als noch in der vorherigen Prognose. Ein zentrales Risiko ist aber weiterhin mit den zu erwartenden öffentlichen Ausgaben verbunden. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die fiskalischen Maßnahmen das BIP in den beiden kommenden Jahren um jeweils 0,9 Prozent erhöhen. Sollte der Abfluss der Mittel länger dauern als hier angenommen sind geringere Effekte zu erwarten. Die Effekte können

aber auch stärker sein. Dies dürfte unter anderem dann der Fall sein, wenn die privaten Investitionen stärker auf die öffentlichen Maßnahmen reagieren als hier unterstellt.

Darüber hinaus gibt es im internationalen Umfeld eine Reihe von Risiken für die konjunkturelle Entwicklung. Hier ist vor allem die Wirtschaftspolitik in den USA ein Faktor. Da die Zollvereinbarung zwischen der EU und den USA noch nicht im Detail ausformuliert ist, könnte es zu erneuten Spannungen bei den Verhandlungen kommen. Hierdurch könnte sich die handelspolitische Unsicherheit noch einmal deutlich erhöhen und die deutschen Exporte weiter belasten.

Die verbesserten Erwartungen der Unternehmen dürften zu einem nicht unbedeutenden Teil im Zusammenhang mit Erwartungen an die neue Bundesregierung verbunden sein. Hier zeigen sich zwar erste Fortschritte zur Stärkung des Wirtschaftswachstums. Es werden aber auch unterschiedliche Standpunkte innerhalb der Regierung, z.B. bei der Steuerpolitik, sichtbar. Sollten diese Unterschiede nicht aufgelöst werden, könnte sich die Stimmung bei den Unternehmen in den kommenden Monaten wieder verschlechtern. Dann ist ein erneuter Rückgang der Investitionen zu befürchten und ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen wahrscheinlich.

10. Literatur

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. RWI Konjunkturberichte 69 (3): 21-56.

Fuest, C. und S. Wildgruber (2017), Steuerpolitik und Wirtschaftswachstum, Wirtschaftsdienst 97 (13), 4-8.

RWI (2025), RWI/ISL-Containerumschlag-Index: RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Welthandel trotz US-Zöllen, Pressemitteilung vom 28.08.2025.

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	1,1	1,4
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,6	-0,3	0,9	1,4
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-4,0	-0,3	1,4	1,4
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-4,3	-0,4	1,4	1,4
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-2,6	1,1	1,6	1,3
Baugewerbe (F)	-3,8	-3,9	1,2	2,8
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	0,2	-1,3	-0,6	1,4
Information und				
Kommunikation (J)	2,1	0,6	1,7	1,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,6	-2,9	-0,8	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	1,3	0,7	1,2	1,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,8	-0,5	1,4	1,4
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	1,2	1,4	1,3	1,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,9	-0,2	0,9	1,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real.

Tabelle A2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	-0,2	0,0	0,2	0,3	-0,3	0,1	0,2
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,8	-0,2	-0,4	-0,3	0,6	-0,2	0,1	0,2
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-3,4	-1,1	-1,2	-0,6	1,3	-0,1	0,1	0,1
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-1,6	-0,8	-1,4	-0,9	1,6	-0,3	0,1	0,1
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-14,8	-2,4	0,0	1,2	-0,1	1,6	0,2	0,3
Baugewerbe (F)	1,0	-2,0	-2,1	-1,3	1,3	-3,7	0,5	0,2
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	-0,7	-0,5	0,2	0,3	0,7	-0,6	0,0	0,2
Information und								
Kommunikation (J)	-0,1	1,0	0,6	-0,9	0,0	0,5	0,6	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,7	-1,2	-1,0	-0,9	-0,2	-1,2	-0,4	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,4	0,4	-0,1	-0,6	0,7	0,2	0,2	0,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,1	0,5	-0,6	-0,6	-0,3	0,5	0,1	0,3
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,6	0,8	0,4	0,4	0,4	0,1	0,2	0,3
Sonstige Dienstleister (R-T)	-0,3	0,6	0,4	-0,2	-0,7	0,0	0,3	0,3
	2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,2	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,2	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe (F)	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Information und								
Kommunikation (J)	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Tabelle A3

Hauptaggregate der Sektoren

2024; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirt- schaft	Kapitalge- sellschaften	Staat	Private. Haus-halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 921,3	2 671,1	470,0	780,2	-
2 - Abschreibungen	888,4	485,1	120,6	282,7	-
3 = Nettowertschöpfung	3 032,9	2 186,0	349,5	497,5	- 99,2
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 352,0	1 708,1	357,3	286,6	20,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	41,5	30,5	0,3	10,6	-
6 + Empf. s. Subventionen	58,9	56,5	0,2	2,2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	698,4	503,9	- 7,9	202,5	- 183,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 357,8	-	-	2 357,8	14,5
9 - Gel. Subventionen	54,2	-	54,2	-	5,0
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	443,8	-	443,8	-	5,6
11 - Gel. Vermögenseinkommen	1 127,6	1 034,4	45,8	47,3	406,0
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 271,5	727,4	34,1	510,0	262,2
13 = Primäreinkommen	3 589,7	196,8	369,9	3 023,0	- 312,7
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	538,4	125,1	-	413,3	15,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	552,8	-	552,8	-	0,7
16 - Gel. Sozialbeiträge	921,9	-	-	921,9	3,8
17 + Empf. Sozialbeiträge	920,5	163,2	756,6	0,8	5,2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	801,0	90,7	709,5	0,8	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	792,3	-	-	792,3	9,4
20 - Gel. s. lauf. Transfers	446,3	253,0	90,2	103,1	99,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	390,6	224,9	31,4	134,3	155,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 538,3	116,1	911,0	2 511,2	- 261,2
23 - Konsumausgaben	3 234,7	-	951,8	2 283,0	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 61,1	-	61,1	-
25 = Sparen	303,6	55,0	- 40,8	289,4	- 261,2
26 - Gel. Vermögenstransfers	108,8	9,2	84,0	15,6	8,9
27 + Empf. Vermögenstransfers	86,5	51,3	20,3	14,9	31,2
28 - Bruttoinvestitionen	930,7	526,2	131,3	273,2	-
29 + Abschreibungen	888,4	485,1	120,6	282,7	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	15,8	15,6	0,1	0,1	- 15,8
31 = Finanzierungssaldo	223,1	40,4	- 115,3	298,0	- 223,1
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 538,3	116,1	911,0	2 511,2	- 261,2
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	- 586,4	586,4	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 538,3	116,1	324,6	3 097,6	- 261,2

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren 2025; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirt- schaft	Kapitalge- sellschaften	Staat	Private. Haus-halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 034,0	2 746,2	493,6	794,3	-
2 - Abschreibungen	918,1	499,6	125,1	293,4	-
3 = Nettowertschöpfung	3 115,9	2 246,6	368,5	500,9	- 99,9
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 451,1	1 780,1	376,1	295,0	20,9
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	44,6	33,8	0,3	10,6	-
6 + Empf. s. Subventionen	55,3	52,7	0,2	2,3	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	675,4	485,4	- 7,7	197,7	- 138,6
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 456,9	-	-	2 456,9	15,2
9 - Gel. Subventionen	51,0	-	51,0	-	4,5
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	455,4	-	455,4	-	6,0
11 - Gel. Vermögenseinkommen	1 122,6	1 025,5	49,2	47,8	429,3
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 284,2	731,2	32,8	520,2	267,6
13 = Primäreinkommen	3 698,4	191,1	380,3	3 126,9	- 283,5
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	548,1	121,6	-	426,5	15,0
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	562,4	-	562,4	-	0,8
16 - Gel. Sozialbeiträge	980,2	-	-	980,2	4,0
17 + Empf. Sozialbeiträge	978,9	166,4	811,8	0,8	5,3
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	841,2	93,0	747,3	0,8	0,7
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	832,0	-	-	832,0	9,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	472,2	269,0	93,4	109,7	104,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	414,9	241,5	32,1	141,3	162,0
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 644,9	115,3	945,8	2 583,8	- 230,1
23 - Konsumausgaben	3 353,0	-	997,4	2 355,6	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 61,0	-	61,0	-
25 = Sparen	291,9	54,3	- 51,5	289,2	- 230,1
26 - Gel. Vermögenstransfers	104,6	11,5	76,0	17,2	7,6
27 + Empf. Vermögenstransfers	84,1	45,4	23,6	15,0	28,1
28 - Bruttoinvestitionen	980,0	567,1	137,0	276,0	-
29 + Abschreibungen	918,1	499,6	125,1	293,4	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	16,6	17,1	- 0,1	- 0,5	- 16,6
31 = Finanzierungssaldo	193,0	3,7	- 115,6	304,9	- 193,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 644,9	115,3	945,8	2 583,8	- 230,1
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	- 615,1	615,1	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 644,9	115,3	330,7	3 198,9	- 230,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2026; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirt- schaft	Kapitalgesell- schaften	Staat	Private. Haus-halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 195,4	2 874,0	507,5	813,9	-
2 - Abschreibungen	950,7	516,1	129,3	305,3	-
3 = Nettowertschöpfung	3 244,7	2 357,9	378,2	508,6	- 100,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 531,2	1 838,2	384,7	308,3	23,0
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	49,1	38,2	0,3	10,6	-
6 + Empf. s. Subventionen	55,9	53,2	0,2	2,4	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	720,3	534,7	- 6,5	192,1	- 141,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 536,5	-	-	2 536,5	17,6
9 - Gel. Subventionen	58,1	-	58,1	-	4,5
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	457,7	-	457,7	-	6,3
11 - Gel. Vermögenseinkommen	1 135,4	1 034,9	51,3	49,2	470,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 303,5	743,7	34,3	525,4	302,1
13 = Primäreinkommen	3 824,5	243,5	376,1	3 204,8	- 290,4
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	563,6	121,5	-	442,1	15,1
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	577,9	-	577,9	-	0,8
16 - Gel. Sozialbeiträge	1 014,1	-	-	1 014,1	4,2
17 + Empf. Sozialbeiträge	1 013,0	168,9	843,3	0,8	5,3
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	874,9	94,5	779,6	0,8	0,7
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	865,4	-	-	865,4	10,2
20 - Gel. s. lauf. Transfers	483,4	271,1	97,2	115,2	105,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	427,2	245,4	33,6	148,3	161,9
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 772,1	170,7	954,1	2 647,3	- 238,0
23 - Konsumausgaben	3 451,4	-	1 037,3	2 414,1	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 61,0	-	61,0	-
25 = Sparen	320,6	109,7	- 83,3	294,2	- 238,0
26 - Gel. Vermögenstransfers	107,2	11,7	78,0	17,5	7,6
27 + Empf. Vermögenstransfers	86,6	47,5	23,9	15,3	28,1
28 - Bruttoinvestitionen	1 033,3	596,7	149,7	287,0	-
29 + Abschreibungen	950,7	516,1	129,3	305,3	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	14,9	16,3	- 0,1	- 1,3	- 14,9
31 = Finanzierungssaldo	202,6	48,7	- 157,7	311,6	- 202,6
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 772,1	170,7	954,1	2 647,3	- 238,0
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	- 645,3	645,3	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 772,1	170,7	308,8	3 292,5	- 238,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren 2027; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private. Haushalte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 349,6	2 972,5	522,0	855,1	-
2 - Abschreibungen	984,6	534,2	133,9	316,5	-
3 = Nettowertschöpfung	3 365,1	2 438,3	388,1	538,6	- 100,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 612,1	1 897,0	394,9	320,2	24,8
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	58,3	47,3	0,3	10,7	-
6 + Empf. s. Subventionen	57,6	54,8	0,2	2,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	752,2	548,9	- 6,9	210,2	- 140,7
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 617,6	-	-	2 617,6	19,3
9 - Gel. Subventionen	60,1	-	60,1	-	4,5
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	477,9	-	477,9	-	6,7
11 - Gel. Vermögenseinkommen	1 148,9	1 045,9	52,3	50,7	509,0
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 323,0	750,8	36,2	535,9	334,8
13 = Primäreinkommen	3 961,8	253,8	394,9	3 313,1	- 293,4
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	599,6	122,9	-	476,7	15,4
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	614,2	-	614,2	-	0,8
16 - Gel. Sozialbeiträge	1 047,6	-	-	1 047,6	4,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	1 046,7	171,5	874,4	0,9	5,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	908,7	95,9	811,9	0,9	0,7
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	898,9	-	-	898,9	10,5
20 - Gel. s. lauf. Transfers	498,4	276,5	101,0	120,9	106,8
21 + Empf. s. lauf. Transfers	443,5	252,7	35,1	155,7	161,6
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 910,9	182,7	1 005,6	2 722,5	- 242,5
23 - Konsumausgaben	3 562,5	-	1 079,1	2 483,4	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 61,0	-	61,0	-
25 = Sparen	348,3	121,7	- 73,5	300,1	- 242,5
26 - Gel. Vermögenstransfers	113,4	12,0	83,5	17,9	7,6
27 + Empf. Vermögenstransfers	92,7	55,1	21,8	15,8	28,4
28 - Bruttoinvestitionen	1 090,4	623,4	168,5	298,5	-
29 + Abschreibungen	984,6	534,2	133,9	316,5	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	13,6	15,6	- 0,1	- 2,0	- 13,6
31 = Finanzierungssaldo	208,2	59,9	- 169,7	317,9	- 208,2
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 910,9	182,7	1 005,6	2 722,5	- 242,5
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	- 677,2	677,2	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 910,9	182,7	328,4	3 399,7	- 242,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2026		2027	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Arbeitsvolumen	-0,2	0,1	0,3	0,1	0,0	0,6	0,0	0,1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,3	0,0	0,3	0,1	0,1	0,6	0,1	0,1
Produktivität ¹	-0,3	0,1	0,8	1,3	0,7	1,0	1,5	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,5	0,2	1,1	1,4	0,7	1,6	1,5	1,3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	3 234,7	3 353,0	3 451,4	3 562,5	1 684,6	1 766,8	1 739,0	1 823,6
Private Haushalte ²	2 283,0	2 355,6	2 414,1	2 483,4	1 179,3	1 234,8	1 213,5	1 269,9
Staat	951,8	997,4	1 037,3	1 079,1	505,4	532,0	525,4	553,7
Anlageinvestitionen	885,7	904,3	953,0	1 011,9	455,4	497,7	484,6	527,3
Bauten	450,7	458,9	483,7	514,5	233,7	250,0	249,3	265,2
Ausrüstungen	267,1	266,8	280,6	298,1	131,2	149,3	139,8	158,3
Sonstige Anlageinvestitionen	168,0	178,6	188,7	199,4	90,4	98,3	95,6	103,8
Vorratsveränderung ³	45,0	75,7	80,3	78,5	48,5	31,8	48,0	30,5
Inländische Verwendung	4 165,4	4 333,0	4 484,8	4 484,8	2 188,5	2 296,3	0,0	0,0
Außenbeitrag	163,5	117,7	118,8	115,9	69,7	71,3	52,3	65,9
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	3,8	2,6	2,6	2,4	3,1	3,0	2,2	2,7
Exporte	1 793,7	1 820,2	1 872,2	1 926,3	921,7	950,5	951,0	975,3
Importe	1 630,1	1 702,5	1 753,4	1 810,4	853,0	900,4	880,9	929,5
Bruttoinlandsprodukt	4 329,0	4 450,7	4 603,6	4 768,8	2 257,1	2 346,5	2 341,7	2 427,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,6	3,7	2,9	3,2	2,7	3,2	3,2	3,2
Private Haushalte ²	2,9	3,2	2,5	2,9	2,2	2,8	2,9	2,8
Staat	5,1	4,8	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,1
Anlageinvestitionen	-0,9	2,1	5,4	6,2	4,4	6,4	6,4	6,0
Bauten	-0,5	1,8	5,4	6,4	4,3	6,5	6,7	6,1
Ausrüstungen	-3,7	-0,1	5,2	6,2	3,6	6,6	6,5	6,0
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	6,3	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7
Inländische Verwendung	2,6	2,3	2,0	-1,5	3,2	3,8	0,0	0,0
Exporte	-1,1	1,5	2,9	2,9	1,9	3,8	3,2	2,6
Importe	-0,9	4,4	3,0	3,3	2,2	3,8	3,3	3,2
Bruttoinlandsprodukt	2,6	2,8	3,4	3,6	3,0	3,8	3,7	3,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 713,6	2 748,8	2 778,6	2 811,1	1 366,9	1 411,7	1 382,7	1 428,3
Private Haushalte ²	1 897,2	1 916,4	1 931,8	1 949,8	947,7	984,1	956,6	993,2
Staat	816,7	832,9	847,4	862,0	419,6	427,8	426,5	435,5
Anlageinvestitionen	702,0	696,9	713,4	735,2	342,3	371,2	353,6	381,6
Bauten	324,7	319,8	325,1	333,1	158,2	166,9	162,7	170,4
Ausrüstungen	228,5	223,5	230,0	238,9	107,8	122,3	112,2	126,7
Sonstige Anlageinvestitionen	152,4	158,1	163,5	169,0	78,3	85,2	80,9	88,0
Inländische Verwendung	3 456,5	3 513,5	3 564,8	3 617,9	1 749,5	1 815,3	0,0	0,0
Exporte	1 493,4	1 496,5	1 526,5	1 550,3	754,2	772,3	768,0	782,3
Importe	1 345,9	1 399,1	1 439,2	1 465,5	702,5	736,7	716,2	749,2
Bruttoinlandsprodukt	3 600,7	3 607,4	3 648,7	3 699,4	1 799,4	1 849,3	1 826,3	1 873,1

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2026		2027	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	1,3	1,1	1,2	1,0	1,2	1,2	1,2
Private Haushalte ²	0,5	1,0	0,8	0,9	0,6	1,0	0,9	0,9
Staat	2,6	2,0	1,7	1,7	1,8	1,7	1,6	1,8
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,7	2,4	3,1	1,4	3,3	3,3	2,8
Bauten	-3,4	-1,5	1,6	2,5	0,5	2,7	2,8	2,1
Ausrüstungen	-5,4	-2,2	2,9	3,9	1,5	4,3	4,1	3,6
Sonstige Anlageinvestitionen	0,2	3,7	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
Inländische Verwendung	0,2	1,6	1,5	1,5	1,2	1,7	0,0	0,0
Exporte	-2,1	0,2	2,0	1,6	1,5	2,5	1,8	1,3
Importe	-0,6	3,9	2,9	1,8	3,0	2,8	2,0	1,7
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	1,1	1,4	0,7	1,6	1,5	1,3

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	2,4	2,1	1,7	1,9	1,5	1,8	1,9	1,9
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,7	2,2	2,3	2,2	2,3	2,3	2,3
Anlageinvestitionen	2,5	2,8	2,9	3,0	2,9	2,9	3,0	3,0
Bauten	3,0	3,4	3,7	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8
Ausrüstungen	1,7	2,1	2,1	2,3	2,1	2,2	2,3	2,3
Exporte	1,0	1,3	0,8	1,3	0,4	1,3	1,3	1,3
Importe	-0,4	0,5	0,1	1,4	-0,8	1,0	1,3	1,5
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,6	2,3	2,2	2,3	2,2	2,2	2,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	3 023,0	3 126,9	3 204,8	3 313,1	1 572,4	1 632,5	1 627,0	1 686,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	410,6	435,4	449,9	464,4	219,4	230,4	226,7	237,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 947,2	2 021,5	2 086,7	2 153,2	1 001,0	1 080,3	1 033,9	1 113,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	665,1	670,1	668,3	695,4	349,1	319,2	363,5	331,9
Primäreinkommen der übr. Sektoren	566,8	571,5	619,6	648,7	292,5	327,2	308,3	340,4
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3 589,7	3 698,4	3 824,5	3 961,8	1 864,9	1 959,6	1 935,4	2 026,4
Abschreibungen	888,4	918,1	950,7	984,6	471,6	479,1	488,5	496,1
Bruttonationaleinkommen	4 478,1	4 616,5	4 775,2	4 946,3	2 336,5	2 438,7	2 423,8	2 522,5
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 200,2	3 293,9	3 424,9	3 544,0	1 664,8	1 760,1	1 726,4	1 817,6
Arbeitnehmerentgelt	2 357,8	2 456,9	2 536,5	2 617,6	1 223,3	1 313,3	1 263,5	1 354,1
Unternehmens- und Verm.einkomm.	842,3	837,0	888,4	926,4	441,5	446,9	462,9	463,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,9	3,4	2,5	3,4	2,5	2,5	3,5	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,3	6,0	3,3	3,2	3,3	3,3	3,3	3,2
Bruttolöhne und -gehälter	5,5	3,8	3,2	3,2	3,4	3,2	3,3	3,1
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	5,2	3,7	3,2	3,2	3,3	3,1	3,3	3,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	-1,2	0,7	-0,3	4,1	-0,5	-0,1	4,1	4,0
Primäreinkommen der übr. Sektoren	-3,8	0,8	8,4	4,7	5,5	11,2	5,4	4,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2,6	3,0	3,4	3,6	2,9	3,9	3,8	3,4
Abschreibungen	3,6	3,4	3,5	3,6	3,5	3,6	3,6	3,6
Bruttonationaleinkommen	2,8	3,1	3,4	3,6	3,0	3,8	3,7	3,4
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	1,5	2,9	4,0	3,5	3,7	4,2	3,7	3,3
Arbeitnehmerentgelt	5,5	4,2	3,2	3,2	3,3	3,2	3,3	3,1
Unternehmens- und Verm.einkomm.	-8,1	-0,6	6,1	4,3	4,9	7,4	4,8	3,7

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2026		2027	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 976,9	2 046,5	2 116,6	2 172,8	1 021,4	1 095,2	1 047,9	1 124,9
Nettolöhne und -gehälter	1 355,5	1 396,8	1 440,8	1 470,8	686,6	754,2	700,0	770,8
Monetäre Sozialleistungen	792,3	832,0	865,4	898,9	429,8	435,6	446,7	452,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	170,9	182,3	189,6	196,9	95,0	94,6	98,7	98,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	665,1	670,1	668,3	695,4	349,1	319,2	363,5	331,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-130,8	-132,8	-137,7	-145,7	-71,4	-66,2	-75,4	-70,3
Verfügbares Einkommen	2 511,2	2 583,8	2 647,3	2 722,5	1 299,1	1 348,2	1 336,0	1 386,6
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	61,1	61,0	61,0	61,0	29,6	31,4	29,6	31,4
Konsumausgaben	2 283,0	2 355,6	2 414,1	2 483,4	1 179,3	1 234,8	1 213,5	1 269,9
Sparen	289,4	289,2	294,2	300,1	149,5	144,7	152,1	148,0
Sparquote (%) ⁶	11,2	10,9	10,9	10,8	11,2	10,5	11,1	10,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	6,0	3,5	3,4	2,7	3,6	3,3	2,6	2,7
Nettolöhne und -gehälter	5,5	3,0	3,1	2,1	3,3	3,0	1,9	2,2
Monetäre Sozialleistungen	7,0	5,0	4,0	3,9	4,1	4,0	3,9	3,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,6	6,6	4,0	3,9	4,1	4,0	3,9	3,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	-1,2	0,7	-0,3	4,1	-0,5	-0,1	4,1	4,0
Verfügbares Einkommen	4,0	2,9	2,5	2,8	2,2	2,7	2,8	2,8
Konsumausgaben	2,9	3,2	2,5	2,9	2,2	2,8	2,9	2,8
Sparen	12,4	-0,1	1,7	2,0	1,7	1,7	1,7	2,3

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	996,6	1017,8	1035,6	1092,1	518,5	517,1	547,6	544,5
Nettosozialbeiträge	756,6	811,8	843,3	874,4	413,0	430,3	428,6	445,7
Vermögenseinkommen	34,1	32,8	34,3	36,2	16,8	17,5	18,2	18,0
Sonstige Transfers	31,4	32,1	33,6	35,1	14,5	19,0	15,2	19,9
Vermögenstransfers	20,3	23,6	23,9	21,8	12,5	11,4	11,0	10,8
Verkäufe	185,2	195,3	203,5	211,0	95,3	108,2	98,8	112,2
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Insgesamt	2024,4	2113,6	2174,3	2270,8	1070,7	1103,7	1119,5	1151,2
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	667,3	699,4	733,6	768,4	353,7	379,9	370,1	398,3
Arbeitnehmerentgelt	357,3	376,1	384,7	394,9	185,5	199,2	190,5	204,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	45,8	49,2	51,3	52,3	25,6	25,6	23,2	29,1
Subventionen	54,2	51,0	58,1	60,1	26,2	31,9	27,0	33,1
Monetäre Sozialleistungen	709,5	747,3	779,6	811,9	386,6	392,9	402,9	409,0
Sonstige laufende Transfers	90,2	93,4	97,2	101,0	47,1	50,1	49,0	52,0
Vermögenstransfers	84,0	76,0	78,0	83,5	31,0	47,0	33,4	50,1
Bruttoinvestitionen	131,3	137,0	149,7	168,5	63,8	85,8	71,7	96,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3	0,2	-0,3	0,2
Insgesamt	2139,7	2229,2	2332,0	2440,5	1119,3	1212,7	1167,5	1272,9
Finanzierungssaldo	-115,3	-115,6	-157,7	-169,69	-48,66	-109,02	-47,99	-121,70

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2027

	2024	2025	2026	2027	2026		2027	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	3,6	2,1	1,7	5,5	1,4	2,1	5,6	5,3
Nettosozialbeiträge	6,4	7,3	3,9	3,7	3,9	3,8	3,8	3,6
Vermögenseinkommen	7,2	-3,9	4,8	5,5	6,9	2,8	8,2	2,9
Sonstige Transfers	-3,1	2,3	4,5	4,5	4,6	4,4	4,6	4,4
Vermögenstransfers	-7,3	16,6	1,0	-8,7	1,5	0,4	-11,7	-5,4
Verkäufe	10,9	5,4	4,2	3,7	4,2	4,2	3,7	3,7
Sonstige Subventionen	3,6	2,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	5,1	4,4	2,9	4,4	2,7	3,0	4,6	4,3
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	6,9	4,8	4,9	4,7	5,1	4,7	4,6	4,8
Arbeitnehmerentgelt	4,9	5,2	2,3	2,7	1,7	2,8	2,7	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	24,4	7,5	4,1	2,0	5,6	2,6	-9,6	13,6
Subventionen	-34,6	-6,0	14,0	3,5	16,0	12,5	3,2	3,7
Monetäre Sozialleistungen	7,4	5,3	4,3	4,1	4,4	4,2	4,2	4,1
Sonstige laufende Transfers	-2,3	3,6	4,0	3,9	4,1	3,9	4,0	3,8
Vermögenstransfers	12,8	-9,6	2,7	7,0	2,9	2,6	7,6	6,5
Bruttoinvestitionen	9,3	4,3	9,3	12,6	7,0	11,0	12,3	12,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5,3	4,2	4,6	4,7	4,5	4,7	4,3	5,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers. – ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.